

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonnr 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 29.

Sonnabend, den 21. Juli 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert** ist in **Trennfurt**: Platz Winterheld wegen Maßregelung, **Alein-Genbach a. M.** und **Sackmühen-Wörth**: Kaiser-Steinbruch-Altiengesellschaft, **Emmendingen**: Platz Diefenbacher, **Ringelbach** bei Kappelrodt: Rühl und Leonhold, **Rothenburg o. d. T.**: Firma Eckert, **Ashaffenburg**: Deutsche Steinwerke, **Außen**: Firma Schmidt und Mensing, **Büdingen**: sämtliche Zementbetriebe der Firma Kreuzer und Böhringer, **Geppenheim**: Firma Leonhold und Rühl und Pflastersteinbetriebe Steinmayer, **Bielefeld in Westfalen**: Platz und Steinbruch Kronenberger, **Geislar** bei Kaiserlautern: Firma Weber. Es wird Streikarbeit für Absatz angefertigt, **Witzge**: Firma Dag, **Baumholder**: Scheuweit-Werk Staarfels, Firma Bürger für Steinmessen und Schleifer, **Kassel**: Holzmann, Brühl, Gruber, Wolf und Dehene, **Köln**: Bei den Renovierungsarbeiten am Dom will der betreffende Baumeister bloß 4.50 Mk. Tagelohn zahlen, anstatt 5.25 Mk., wie der Tarif besagt.

**Nürnberg**. Der Mittelfränkische Arbeitgeberbund für das gesamte Baugewerbe verfügte am 7. Juli eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter. Auch die Steinmessen sind in Mitleidenschaft gezogen. Die Disziplin unter den Aussperrten muß vorzüglich genannt werden.

**Mainz**. Die Sandsteinmessen stehen im Streit. Die Marmorarbeiter haben ihren Streit vorige Woche siegreich beendet.

**Meißen II.** Die hiesigen Pflastersteinarbeiter stehen im Streit, bisher zeigen die Unternehmer keine Neigung Zugeständnisse zu machen.

**Schmallalden**. Der Streit ist zugunsten der Kollegen beendet, es wurde eine Vohnzulage von 10 Prozent erreicht. Der Stundenlohn beträgt jetzt 40—45 Pfg.

**Muschellalgebiet** (Bürzburg und Umgebung). Der Streit dauert ungeschwächt fort. Die gesamte Produktion in der Muschellalindustrie ist eingestellt. Ein Streikbrecher können unmöglich 670 Streikende ersetzen. Ein großer Teil der letzteren ist abgereist. Streikarbeit auf Muschellal ist zu vermeiden. Die Unternehmer bieten alles auf, um uns den Sieg streitig zu machen. Die bereits abgereisten Kollegen müssen sich schon gefaßt machen, daß der Kampf nicht so schnell beendet werden wird, mithin an ein Zurückgehen ins Muschellalgebiet jetzt nicht zu denken ist.

**Sohnstätt** bei Grimma. Die Pflastersteinmessen stehen im Streit.

**Ludwigshafen**. Im Streit befinden sich die Marmorarbeiter. Situation günstig.

**Amorbach**. Die Steinmessen auf Sandstein der Firma Hüttig befinden sich im Streit.

**Beucha-Brandis**. Der Streit bei Preißer ist zu unseren Ungunsten verlaufen. Wenn auch die ausländischen Streikbrecher die Streitenden nicht im geringsten ersetzen konnten, so hat doch Preißer keine Lieferungen weiter übernommen. Ein weiteres Verharren im Kampf wäre deshalb aussichtslos gewesen. Die Preißerschen Steinbrüche bleiben für die Zukunft gesperrt.

**Alsenz (Pfalz)**. Der Streit der Sandsteinmessen dauert fort.

**Schweiz**: Zugung ist fernzuhalten für Sandsteinmessen nach: St. Gallen, Luzern, Scherikon, Alstetten b. Zürich (Meister Trentli), Rapperswil (Wutscher, Winger-Weber), Büllach, Waffersdorf, Basel (Platz Rieden), Mendrisio; Granitarbeiter: Zürich, Platz Truff und Cassella, Monthey, Platz Rochat, Winterthur; Kalksteinarbeiter: Corbières, St. Smer, Locle, La Chaux-de-Milieu, Les Brenets.

**Oesterreich**: Brünn, Stenowitz, Prag, Königgrätz, Kroupi, Lichow, Lador, Oumünd, Wien und Görz.

## Steigerung der Haushaltungskosten.

Wie notwendig eine Erhöhung des Vohn Einkommens für die gewerbliche Arbeiterschaft ist, soll nicht ihre Lebenshaltung sich erheblich verschlechtern, das lehrt ein Blick auf die innerhalb Jahresfrist eingetretene Steigerung der Haushaltungskosten. Eine annähernd richtige Vorstellung von dem Grade dieser Steigerung erhält man, wenn man die letzten Berechnungen der Berliner Halbmonatschrift Der Arbeitsmarkt über den wöchentlichen Lebensmittelbedarf einer Arbeiterfamilie mit denen im Vorjahre vergleicht. Als wöchentlicher Bedarf an Lebensmitteln ist die Verpflegungsration des deutschen Marinefeldaten zugrunde gelegt, da es für den industriellen Arbeiter keine einheitliche Normalration gibt. Wenn aber die Ration des Marinefeldaten unterstellt wird, so geschieht dies in der Absicht, um vergleichbare Resultate zu gewinnen und die Bewegung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes veranschaulichen zu können. Denn daß auf Grund der Veränderungen der Kosten, die für die Verpflegungsration des deutschen Marinefeldaten aufgewendet werden müssen, im großen und ganzen ohne weiteres auf eine Verteuerung oder Verbilligung der Volksernährung geschlossen werden kann, ergibt sich, wenn man erwägt, daß in der Verpflegungsration des Marinefeldaten alle wichtigen Volksernahrungsmittel in einem recht

glücklichen Verhältnis vertreten sind. Nach den Speisekarten besteht nämlich die wöchentliche Portion pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen aus

800	Gramm Rindfleisch	3000	Gramm Kartoffeln
750	" Schweinefleisch	340	" Zucker
800	" Hammelfleisch	5250	" Brot
150	" Reis	455	" Butter
300	" Bohnen	106	" Salz
300	" Erbsen	105	" Kaffee
500	" Weizenmehl	21	" Tee
200	" Backflaumen	0,11	Liter Essig

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das dreifache der Normalration des Marinefeldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelmengen, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Markthallenpreisen unter Zuschlag einer fünfzehnprozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigen Preise bekanntlich nicht die häufigsten sind. Stellen wir nun für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München den durchschnittlichen Kostenaufwand pro Woche für Mai 1905 und 1906 zusammen, so erhalten wir folgende Uebersicht. Der wöchentliche Kostenaufwand betrug im Mai

	1905	1906	mehr (+) oder weniger (-) i. J. 1906
Danzig	19.77	21.81	+ 2.04
Berlin	21.15	21.64	+ 0.49
Dresden	20.46	22.48	+ 2.02
Chemnitz	23.32	23.18	- 0.14
Leipzig	21.94	21.67	- 0.27
Stuttgart	20.46	22.91	+ 2.45
München	23.05	23.64	+ 0.59

Mit Ausnahme der zwei sächsischen Plätze Chemnitz und Leipzig ist die Verteuerung allgemein und der Grad der Verteuerung oft auch ziemlich erheblich. Man nehme nur Danzig, Dresden und Stuttgart. Die Ursache der starken Verteuerung ist vornehmlich in der Erhöhung der Fleischpreise zu suchen. In Stuttgart z. B. kostete das Kilogramm Rindfleisch im Mai vorigen Jahres 1 Mk., im Mai dieses Jahres 1.10 Mk., das Kilogramm Schweinefleisch damals 1.44 Mk., jetzt 1.60 Mk. und das Kilogramm Hammelfleisch damals 1.06 Mk., jetzt dagegen 1.20 Mk. Nirgends sind gegenüber dem Vorjahre die Preise zurückgegangen. Es ist auch aller Voraussicht nach vorläufig nicht mit einer Preisherabsetzung zu rechnen. Man muß vielmehr froh sein, wenn keine neue kräftige Steigerung der Preise eintritt. Augenblicklich sind die Zufuhren an den Schlachtwiehmärkten so knapp, daß bei längerer Dauer die Viehpreise anziehen müßten. Einen Strich durch diese Rechnung dürfte indes die Witterung machen. Je wärmer es wird, desto weniger ist es angängig und rentabel, das Schlachtwieh von den Märkten zurückzuhalten. Wenn wir nun auch mit keiner weiteren Erhöhung der Viehpreise rechnen, so ist doch auch keine stärkere Ermäßigung der Vieh- oder gar der Fleischpreise zu erwarten. Die Konsumenten müssen sich vielmehr auf das gegenwärtige Preisniveau für längere Zeit einrichten. Uebrigens nicht nur die Steigerung der Fleischpreise trägt Schuld an der Erhöhung der Haushaltungskosten, es ist teilweise auch das Brot teurer geworden, wie sich aus folgender Aufstellung ergibt. Es kostete ein Kilogramm Brot im Mai

	1905	1906
Danzig	0.16	0.20
Dresden	0.21	0.24
Chemnitz	0.20	0.22
Stuttgart	0.21	0.22

Mehl, Butter, Eier zeigen gegenüber dem Vorjahre gleichfalls steigende Tendenz, während bei Kartoffeln eine allgemeine Preisermäßigung eingetreten ist. Angesichts dieser Bewegung der Lebensmittelpreise ist eine entsprechende Erhöhung der Löhne um so nötiger, als die Kosten nicht nur für die Ernährung, sondern für die Befriedigung so ziemlich aller Bedürfnisse gestiegen oder noch im Steigen begriffen sind. Bekleidung, Wohnung verursachen auch Mehrausgaben, so daß der Nominallohn schon ziemlich kräftig steigen muß, wenn die Arbeiterfamilie ihre Lebenshaltung nicht verschlechtern will. Bei der gegenwärtigen Günstigkeit der Konjunktur wollen vielmehr die Arbeiter ihre Lage gegen 1905 verbessern. Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Löhne in noch stärkerer Progression steigen müssen, als es bei den Warenpreisen der Fall war. Da die Arbeitgeber sich zu solchen Lohnsteigerungen nicht von selbst bequemen, so ist die überaus lebhafteste Streikbewegung im laufenden Jahre durchaus verständlich.

## Aus dem Bayrischen Walde.

Die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter in Metten ist äußerst traurig. Der Durchschnittslohn schwankt, wie die Statistik beweist, alle 14 Tage von 25 bis 30 Mark. Allerdings steht das Begünstigungssystem in voller Blüte. Ein solcher Renommierarbeiter kann es im höchsten Falle bei voller Ausnutzung seiner Arbeitskraft auch nur ausnahmsweise auf 35 oder 40 Mark bringen. Dieser Verdienst bedarf keines weiteren Kommentars; das Resultat ist Hunger und Not. Die Mißstände und Verhältnisse gegen die Bundesratsverordnung spotten jeder Beschreibung. Revidiert einmal der Gewerbeinspektor, so findet er natürlich

alles in bester Ordnung, und es ist auch ganz erklärlich, denn er befindet sich stets in Begleitung eines Meisters; ein Arbeiter hat selten die Gnade, mit dem Gewerbeinspektor reden zu können. Machen nun die Arbeiter das Bestreben geltend, diese Mißstände zu beseitigen und die Arbeitslöhne den hohen Lebensmittelpreisen anzupassen, so wird den Arbeitern mit einem schroffen Nein gemantortet.

Daß einige, besonders sehr redegewandte Unternehmer über die Aufwiegler schimpfen, die den Verband hier einführen, ist klar; solche Machinationen sind ja recht christlicher Art, und an religiöser Ueberzeugung fehlt es den hiesigen Arbeitgebern nicht. Die Arbeiter haben aber die hier beliebte Ausbeutungswut gründlich satt. Es kann nur die Organisation eine Besserung der mißlichen Lage für die Berufscollegen bringen. Wenn die Löhne noch mehr sinken, so dauert es nicht lange und die Steinarbeiter finden sich dann als höchst ungeliebte Gäste in der hiesigen Klosterküche ein. So mancher Arbeitgeber weiß ja, wie demütigend eine solche Verpflegung sein muß.

Vor Jahren, als unsere Zahlstelle zum erstenmal gegründet wurde, trafen etliche Meister und Meisterchen die Vereinbarung, den damaligen Vertrauensmann, welcher in energischer Weise unsere Interessen vertrat, unter keinen Umständen mehr in Arbeit zu nehmen. Die biederen Christen wollten also eine Ausbürgerungskur an dem Betreffenden vornehmen und bekräftigten dies durch eine konventionale Strafe, die vereinbart wurde. Da damals die Zahlstelle wegen der Laubheit der Kollegen einging, trotzdem die Vorstandspersonen am Orte ihre Pflicht vollständig erfüllt, so konnten seit Jahren die Arbeitgeber triumphieren und nach Belieben mit den Beschäftigten umspringen. Wir sahen es ja, Kollegen, wie es in Regensburg der Fall war. Jahrelang kein Verband; die Kollegen waren den Meistern gegenüber völlig ohnmächtig; seit einem Jahre pfeift es dort nun aus einem andern Loch. Die letzte Lohnbewegung in Regensburg hat gezeigt, was es bedeutet, wenn die Kollegen einig sind. Warum sollen wir in Metten, Edenstetten usw. nichts erreichen können? In ganz Deutschland geht es mit dem Steinarbeiterverbande glänzend vorwärts; wir im bayrischen Wald können nicht zurückbleiben. Einige Rastmänner aus gemäßigten Kreisen nehmen in letzter Zeit dreierlei Weise den Mund recht voll und sagen: Seht euch einmal den Staubinger an; der hat vor 13 Jahren noch hier gearbeitet und heute ist er — wie demagogisch bemerkt wird — wohlbestallter Beamter. Diese Maulhelden verschweigen aber, daß ein Verbandsangestellter doch ein bißchen mehr Kenntnisse haben muß als wie ein Polier oder auch ein Meister. Wir könnten über die Intelligenz der letzteren so manches aus der Schule plaudern. Lassen sich denn die Poliere für ihre Tätigkeit nicht bezahlen? Oder üben die Meister ihren Beruf umsonst aus? Wissen denn die Meister nicht, daß die Sekretäre der Unternehmerorganisationen bis fünfmal mehr Gehalt beziehen als unsere Verbandsangestellten? Wissen denn die Meister nicht, daß sich die niederen und hohen Beamten, die Geistlichen usw., dann auch mit Arbeitergehältern „mästen“? Wir wollen es bei dieser Andeutung bewenden lassen und bloß bemerken, daß die hiesigen Steinarbeiter keine Veranlassung haben, sich unter die Vormundschaft einiger Meister und ihrer Vorkammler stellen zu lassen. Warum kamen denn die Meister nicht in unsere Versammlung, wo Staubinger sprach? Diese Herren sind doch sonst so bereit in den Steinbrüchen und auch in den Gastwirtschaften...

Macht nur so fort, ihr Herren Unternehmer! Die Steinarbeiter von Metten und Umgebung haben nichts zu verlieren, sie gewinnen nur, wenn sie diesem Ausbeutungsideal Ballet sagen. Jetzt merkt man die Folgen schon, denn auf Werkplätzen, wo früher 50 bis 60 Mann von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geschuftet haben, herrscht durch die glänzende Entlohnung eine unheimliche Leere. Wir marschieren vorwärts, trotz alledem! Mag auch alles gegen uns sich verbinden, mögen auch die Führer der Organisation an öffentlicher Stelle gebrandmarkt werden. Dies hindert uns alles nicht, wir wissen, daß wir den einzig sicheren Weg gehen, der uns zum Ziele führt. An die uns noch Fernstehenden richten wir an dieser Stelle den warmen Appell, nicht abseits zu stehen, sondern uns zu unterstützen in unserm schweren Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Zahlstelle zählt jetzt 147 Mitglieder; circa 20 Mitglieder sind abgereist. Die Parole muß lauten: Der bayrische Wald muß wieder gewonnen werden!

## Bum Kampf der Kalksteinarbeiter.

Der Lohnkampf der Kalksteinarbeiter, an dem 23 Ortschaften beteiligt sind, nimmt immer mehr den Charakter eines Klassenkampfes an, denn hier kann es sich unmöglich mehr um die Forderungen der Arbeiter handeln, da dieser Streik an finanziellen Opfern für die Unternehmer schon mehr gekostet hat, als nach Bewilligung der Forderungen für die Arbeiter in drei Jahren bezahlt werden müßte. Hier handelt es sich nur mehr darum, die Arbeiterschaft überhaupt nicht als einen vertragsschließenden Faktor anzuerkennen, um auch fernerhin willkürlich mit derselben umspringen zu können. Ob dies aber gelingen wird, ist eine zweite Frage, die der Verband der Steinarbeiter zu lösen hat und auch lösen wird. Die im Kampfe Stehenden sind gewillt, denselben unbedingt erfolgreich zu beendigen, und wenn er noch so lange dauern sollte. Nur dem Kleinunternehmer, das sich während dieses ganzen Streiks den Großen so hilfreich zur Seite stellt, haben wir es zu danken, daß es den größeren Firmen noch möglich ist, sich mit der notwendigsten Arbeit durchzubehelfen. Wir werden nicht vergessen, diesen Herren dafür unsern Dank abzustatten. Auch die christliche Organisation, die in einigen Orten an dem Kampfe beteiligt ist, kann es sich zur „Ehre“ anrechnen, dem Unternehmertum auch hier wieder treue Dienste geleistet zu haben. Der Gauleiter Tremmel von Mannheim, der am 11. und 12. Juli Höpfigen besuchte, hat sich nicht die geringste Mühe gegeben, die Höpfiger Kollegen, die vom Streik abfielen und „christlich“ organisiert sind, wieder eines andern zu belehren. Am 12. Juli sollte in Höpfigen eine Versammlung stattfinden, und es hätte Herr Tremmel auch gelingen können, diese Leute wieder herauszuholen; aber er hat es kaum gewollt, denn die Steinarbeiter waren nach ihrer eignen Aussage im Gasthaus zur Rose versammelt und haben auf Tremmel gewartet. Dieser hat es aber

vorgezogen, 5 Minuten davon in einer andern Wirtschaft zu sitzen. Er hat sich um die Verammlung nicht bekümmert, sondern ist dann einfach davongefahren. Der Kassierer Sauer von Höpfingen, der als erster die Arbeit wieder aufgenommen hat, erklärte, wenn wir unsere Unterstützung weiter erhalten hätten, wäre es uns gar nicht eingefallen, Streikbrecher zu machen. Wenn dies zutrifft, so hat sich die christliche Organisation wieder einen Markstein in der Arbeiterbewegung gesetzt, der verdient, allen denjenigen bekannt zu werden, die sich gegenwärtig bemühen, einen christlichen Steinarbeiterverband zu gründen. Denn von den 700 im Streit Stehenden, hat die christliche Organisation ganze 30 Männlein zu unterstützen, und davon ist jetzt die Hälfte zu Streikbrechern geworden, weil ihnen die Unterstützung verweigert wurde. In Kleinrinderfeld, wo 60 Kollegen frei organisiert und bis auf den letzten Mann am Kampf beteiligt sind, gehören 6 Mann dem Christlichen Bauarbeiterverband an und machen ebenfalls Streikbrecher. Auch hier hat es der in Würzburg stationierte Führer dieser „Gewerkschaft“ noch nicht für nötig befunden, die Leute von ihrem Treiben abzubringen. Zum guten Glück sind es nur wenige, die solchen Organisationen angehören, und sie können den Ausschlag bei dieser Bewegung nicht geben, denn die 700 im Streit Stehenden, sind so leicht nicht zu ersetzen. Aber den Steinarbeitern allerorts wollen wir einen Fingerzeig geben, solchen Agitatoren, die es lediglich nur auf die Beiträge der Arbeiter abgesehen haben, einfach die Türe zu weisen.

Die Unternehmer sind kürzlich in Würzburg zu einer Sitzung zusammengetreten. Als Endergebnis soll sich ergeben haben, sämtliche Forderungen der Streikenden abzulehnen. Als besonderer Tarifgegner trat der sattem bekannte Herr **B e t t e r** auf. Die Herren sollen, wie bürgerliche Prekulis berichten, beschlossen haben, vor dem 12. September überhaupt nicht mehr zusammenzukommen. Diesen taktischen Schachzug der Unternehmer begreift selbst der Dummste. Es soll den Streikenden Furcht eingebläht werden, daß die Situation für sie ungünstig ist. Wie einige Kleinmeister uns gegenüber versicherten, war ihnen dieser Schwindel denn doch zu bunt. Die Kleinen unterstützen jetzt die Großindustriellen; der Lohn wird ihnen in ein paar Jahren winken, wenn sie durch das Großkapital von der wirtschaftlichen Wildflaute verschont sind. Sehr erboht über den Streik ist natürlich **S c h i l l i n g**. Sein ganzer Betrieb mit weit über 100 Beschäftigten liegt still. Nur einige Sägen sind im Gange, aber Steinmehlen wie Brecher haben sich völlig dem Streik angeschlossen. — Die Firma **W i m m e l** hat in Hardheim etliche Tagelöhner in die Werkstätten gestellt. Diese Leute machen das Kraut nicht fett. So leicht geht es denn doch nicht, Steinmehlen „heranzubilden“. In Berlin mußten die Techniker Rauscherdienste machen, hier versucht man es mit Tagelöhnern. Der Oberkommandant der Unternehmer, Herr **D i t t m e r** Berlin, bietet seinen ganzen Einfluß auf, um die Unternehmer in „Schach“ zu halten. Daß dieser Strategie sich öfters im Streikgebiet einfindet, ist klar. Er dachte schon längst, die Kämpfenden unterliegen zu können, doch diese Meinung werden mit ihm nur noch etliche Meister haben.

Einzelne Meister versicherten uns wiederholt, wenn sie gewußt hätten, daß der Steinarbeiterverband die Forderungen so machtlos vertreten würde, dann hätten sie ihren Einfluß von vornherein aufgebieten, um Unterhandlungen, die die „Großen“ ablehnten, zu ermöglichen. Die Kleinmeister sind allerdings erst etwas spät zur Einsicht gekommen.

Die Kollegen, die im Streit stehen, bemerken eine musterhafte Disziplin, selbst die Behörden müssen das erkennen. Die Kollegen von ganz Deutschland haben ein Interesse daran, daß dieser Kampf mit aller Energie durchgeführt wird.

## Nachklänge zum Streik der Sandsteinarbeiter in Ebelsbach.

Am 27. Mai 1906 beschlossen die Kollegen von Ebelsbach, Zeil und Umgebung, in den Streit zu treten, da die Unternehmer jede Unterhandlung auf Grund des vorgelegten Tarifs ablehnten.

Wenn schon es statutarisch unrecht war, diesen Schritt zu wagen, und mit 79 von circa 350 organisierten Kollegen den Streik zu erklären, so war es geradezu unverantwortlich, auf eigene Faust, ohne die Zentralkasse oder die Gauleitung zu fragen, auch die Kollegen von Bamberg und Pappendorf mit in die Bewegung zu ziehen.

Schon bei der Arbeitseinstellung wimmelte es auf den beschriebenen Plätzen von Streikbrechern; Streikarbeit war schon an die verschiedensten Orte im unteren Maingebiet vergebend, was den Kollegen starke Veranlassung, am 30. Mai den Streik als aussichtslos aufzugeben. — Ganz selbstverständlich war, daß die Herren Unternehmer sich nun als Herren der Situation fühlten und nun ihren ganzen Machtapparat mit eiserner Faust heraufstreckten.

So schnell als möglich wurde der Beschluß gefaßt, von jedem Frevler, der es wagte, in den Streit zu treten, das Verbandsbuch abzuverlangen und einen Revers vorzulegen, „daß keiner mehr dem Deutschen Steinarbeiterverband beitreten darf“, wollte er wieder Arbeit erhalten.

Doch auch hier machten die Herren **T a e s c h n e r**, **H a n s B e t t e r** usw. die Rechnung ohne den Wirt; nur wenige kamen diesem unterschämten, gegen die guten Sitten verstößenden Verlangen nach; die meisten reisten ab, suchten sich auf der Bahn oder in den Steinbrüchen anderweitig Arbeit, wo sie mit Schaufel und Bichel leicht mehr verdienen, als auf den Werkplätzen des Herrn **B e t t e r**.

Dieser Faustschlag genügte jedoch diesen feinfühligsten Mitmenschen noch nicht, sie wollten ihre ganze Macht zeigen und glaubten dies am besten durch fertigtzubringen, den Kollegen jetzt Preise anzubieten, die jeder Beschreibung spotten. Selbst die Arbeitswilligen, denen man für ihre Henserdienste 6 und 7 Mark pro Tag versprochen hatte, ließen nicht verschont und werden gleich den andern mit den erbärmlichsten Löhnen nach Hause geschickt. Die Herren **T a e s c h n e r** und **B e t t e r**, welche mir gegenüber dem Verbands deutscher Steinmehlgewerkschaften jeden Beschäftigten nachweislich abspachen, fühlen sich nun unter den Fittichen dieses Verbands ganz wohl. Sie spielen in den Meisterversammlungen in Würzburg mit die erste Geige; stellen Anträge, welche die Kalksteinarbeiter von Würzburg und Umgebung gleich ihren Arbeitern vollkommen entzweien sollen; ja, sie bieten sich sogar an, „Streikarbeit“ zu übernehmen, um die wirtschaftliche Entrechtung der Kalksteinarbeiter zu besiegeln.

Es ist deshalb Pflicht der Sandsteinarbeiter, jede Streikarbeit aus dem Kalksteingebiet abzulehnen, insbesondere aber ist es Pflicht aller Steinarbeiter Deutschlands, das ganze obere Maingebiet von Bamberg bis Würzburg zu meiden, bis der Streik der Kalksteinarbeiter beendet und die noch ausständigen Sandsteinarbeiter untergebracht sind.

## Abgeschlossener Vertrag in Essen.

Die Lohnbewegung ist zu unsern vollen Gunsten erledigt.

Für die Sandsteinarbeiter ist der Afford abgeschlossen. Der Stundenlohn beträgt im 1. und 2. Gesellenjahre 55 Pfg. pro Stunde.

Für alle übrigen Steinmehlen beträgt der **M i n i m a l**-Lohn 60 Pfg. pro Stunde, vom 1. April 1907 ab 63 Pfg. pro Stunde, Ueberstunden werden mit 15 Pfg.

Zuschlag bezahlt; für Nachtarbeit 50 Proz., Sonntagsarbeit 100 Proz.

Anerkennung des Verbandes.

Schiedskommission.

Für die Kollegen im Steinbruch Horst bei Essen wurde ein 10prozentiger Zuschlag auf die bis jetzt bestehenden Affordpreise erreicht.

Für Marmorhauer wurde ein Tarif aufgestellt, desgl. für die Schleifer.

Als Grundlage wurden die höchsten bisher in Essen bezahlten Sätze der Firma **W a s m a n n** angenommen mit zirka 5—10 Prozent Zuschlag.

Die Verhandlungen dauerten vier Stunden, Verhandlungsleiter war Herr **W a s m a n n**.

Der christliche Verband war mit einer Kommission und seinem Gewerkschaftssekretär vertreten; von unserer Seite war ebenfalls eine Kommission erschienen, mit dem Gauleiter **Adolf Herrmann-Rölln** an der Spitze.

Der neue Vertrag tritt am 1. August 1906 in Kraft und ist gültig bis 1908 (30. April).

In der am Abend des 5. Juli stattgefundenen, gut besuchten Versammlung referierte Gauleiter **Herrmann**. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Seitens des christlichen Verbandes waren ebenfalls Kollegen anwesend. Den Bericht über die Tarifverhandlungen gab Kollege **K e s t h ö f e r**.

Der Tarif wurde nach lebhafter, sachlicher Debatte einstimmig angenommen.

## Lohnarif für die Marmorarbeiter in Mainz.

Abgeschlossen am 10. Juli 1906 zwischen den Marmorbetrieben Mainz einerseits und dem Zentralverbande der Steinarbeiter Deutschlands (Zentrale Mainz) andererseits.

- Sämtliche Arbeiten werden im Tageslohn angefertigt.
- Die Lohnsätze, die als minimale zu betrachten sind, werden folgendermaßen festgesetzt:
  - für Handschleifer 42 Pfg. pro Stunde;
  - für Maschinenschleifer 45 Pfg. pro Stunde;
  - für Hauer 48 Pfg. pro Stunde;
  - für erst aus der Lehre getretene Hauer ist eine freie Vereinbarung gestattet, aber nicht unter 30 Pfg. pro Stunde;
- Bei anzulehnenden Schleifern ist ebenfalls eine freie Vereinbarung des Lohnes gestattet;
- am 1. Mai 1907 findet eine Lohnhöhung für sämtliche Klassen von 2 Pfg. pro Stunde statt.
- Ueberstunden werden mit einem Zuschlage von 20 Prozent vergütet.
- An Sonn- und Feiertagen werden die Arbeitsstunden mit einem Zuschlag von 50 Prozent vergütet.
- Die Arbeitszeit beträgt im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 30. September 10 Stunden, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends; im Winterhalbjahr vom 1. Oktober bis 31. März 9 Stunden, von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, mit je 1 1/2 stündigen Mittags- und je 1 1/2 stündigen Frühstück- und Vesperpausen.
- Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich vor Schluß der Arbeitszeit.
- An den Tagen vor hohen Festtagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 5 Uhr nachmittags Arbeitsschluß mit voller Lohnzahlung.
- Der 1. Mai ist als Feiertag anerkannt und ruht die Arbeit an diesem Tage.
- Maßregelungen aus Anlaß der Lohnbewegung oder wegen Zugehörigkeit zum Steinarbeiterverband dürfen nicht vorgenommen werden.
- Etwaige Lohnstufenunterschiede oder sonstige Differenzen entscheidet eine Kommission von 6 Personen, bestehend aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern, deren Wahl beiden Parteien überlassen bleibt.
- Vorstehender Lohnarif tritt mit dem 13. Juli 1906 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. Juli 1908. Erfolgt nicht wenigstens vier Wochen vor Ablauf des Tarifs von der einen oder der andern Seite eine Kündigung, so läuft der Tarif auf ein Jahr weiter.

Arbeitgeberunterschriften:

**D e l p u. K a r n. J. N. R ö d i g, i. B.: R ö h l e r. F u h r u. D i e h l.**  
Die Lohnkommission des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands:  
**A n d r. U n g l a u b e n. J. S c h m i d t. J o h. S t e t h e n. F r. L ä l l e r.**

## Arbeitsvertrag mit den Unternehmern in Wittenberg.

1. Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2 Stunden (von morgens 6 1/2 Uhr bis abends 6 Uhr) mit 1/2 stündiger Frühstück-, einstündiger Mittags- und 1/2 stündiger Vesperpause. Sonnabends Schluß der Arbeitzeit 1/2 Uhr bei Wegfall der Vesperpause und Auszahlung des vollen Lohnes. An den Tagen vor den großen Festen (Ostern, Pfingsten, Weihnachten) Schluß der Arbeitszeit um 3 Uhr, ohne Lohnabzug.

Entlohnung.

2. Ab 18. Juni 1906 Erhöhung der bisherigen Löhne um 3 Pfg. pro Stunde:

- Steinmehlen 58 Pfg. pro Stunde;
- Schleifer 43 Pfg. pro Stunde.

Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt pro Stunde 5 Pfg. Zuschlag.

Ueberstunden: Bis 9 Uhr abends für Steinmehlen 75 Pfg., für Schleifer 55 Pfg.

Sonntags- sowie Nachtarbeit wird mit 50 Prozent des Stundenlohnes bei Steinmehlen und Schleifern vergütet.

Bei Arbeiten nach außerhalb mit Uebernachtung wird eine Zulage von 2.50 Mark pro Tag gewährt, an Festtagen beträgt der Zuschlag 3 Mark. Einmalige Hin- und Rückfahrt wird 3. Klasse gewährt. Fahrzeit wird als Arbeitszeit gerechnet.

Die Löhne der Steinarbeiter **R u t h e** und **S c h l i e k m a n n** erhalten dieselbe Steigerung wie oben bei den andern gewünscht.

Dieser Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. März 1907 bei zweimonatiger Kündigungsfrist; wird derselbe von keiner Seite gekündigt, so behält er Gültigkeit ein weiteres Jahr und so fortlaufend.

W i t t e n b e r g, den 18. Juli.

(Folgen die Unterschriften.)

## Bekanntmachungen des Zentralverbandes.

Um für später Verwechslungen und sonstige Differenzen zu vermeiden, schließen wir nach Abrechnung mit dem alten Markenmaterial, sämtliche Konten ab. Auf neue Rechnung werden nur die in den Zahlstellen noch vorhandenen Eintritts- und Erkassamenten übertragen. Es muß deshalb mit den Delegierten, Zeitungs-, sowie alten Beitragsmarken vollständig abgerechnet werden. Nicht Verkauftes, sowie das Geld für Verkauftes vorgeanntes Material, muß bis spätestens 1. August in unsern Händen sein. Zahlstellen, die bis genannter Termin ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, werden im Steinarbeiter veröffentlicht, und wird jede weitere Markenlieferung bis auf weiteres eingestellt.

Auf verschiedene Anfragen geben wir bekannt, daß bei Ausstellung von Interimsmarken eine Eintrittsmarke in das dafür vorgesehene Feld zu kleben ist. Für jede Woche, „arbeitslos“

oder „krank“, ist eine Erwerbslosenmarke à 10 Pfg. als Beitrag zur Krankenzuschulasse zu kleben. Diese Bestimmung trat mit dem 1. Juli in Kraft.

Ferner ersuchen wir wiederholt alle Zahlstellenkassierer, bei Geldsendungen stets anzugeben, für was der Betrag zu berechnen ist. Beim Bezahlen von neuen Beitragsmarken wird es von Vorteil sein, Bruchteile bei der Markentückzahl zu vermeiden. Es liegt im beiderseitigen Interesse, wenn stets die vorhergehende Lieferung voll bezahlt wird. Es erfolgt dann um so pünktlicher die neue Sendung von Material. Diesen Wunsch zu erfüllen, ist bei einigermaßen gutem Willen, jeder Zahlstelle möglich.

Abzuliefern an die Zentralkasse sind von den neuen Beitragsmarken für jedes Stück

der 1. Klasse (55 Pfg.)	46 Pfg.
der 2. „ (50 „)	42 „
der 3. „ (45 „)	38 „
der Erwerbslosenmarke	10 „

Mit der nächsten Nummer des Steinarbeiters erscheint ein neues Adressenverzeichnis. Etwaiger Personenwechsel innerhalb der Lokalverwaltung ist uns sofort noch mitzuteilen.

Für alle neu eintretenden Mitglieder sind jetzt die Interimsmarken zu verwenden, die Beitragsbücher, welche noch vorhanden sind, bleiben am Ort. Die Bücher werden bloß verwendet, wenn Mitglieder aus andern Organisationen übertreten und länger als 1 Jahr organisiert sind.

## Korrespondenzen.

**Crailsheim.** Am 8. Juli fand hier im Lokal Zum Falken eine Steinarbeiterversammlung statt. Das Referat, welches Kollege **M i t t e n m e i e r** hielt, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch wurde das Referat über das Thema: Unsere Lohnbewegung im Muschelkalkgebiet, ebenfalls mit großem Interesse entgegengenommen. **M i t t e n m e i e r** führte in kurzen Zügen den Kollegen vor Augen, daß diese Bewegung nicht mehr zu umgehen war, da die dortigen Unternehmer jedem Arbeiter nach Belieben den Lohn auszahlten. Mit dieser Art von Lohnberechnung müßte selbstverständlich einmal gebrochen werden, an deren Stelle müsse der kollektive Arbeitsvertrag treten. Referent betonte, er habe am 1. Mai 1905 die Stelle als besoldeter Gauleiter in Würzburg angetreten und habe sich die Aufgabe gestellt, für den ganzen Muschelkalkdistrikt einen Einheitsarif auszuarbeiten. Er habe nun auch dieses verwirklicht und habe dann diesen Arbeitsvertrag den einzelnen in Frage kommenden Zahlstellen zur Begutachtung vorgelegt. Dieser sei auch von allen Zahlstellen anerkannt worden. Aber auch die Unternehmer hatten einen Arbeitsvertrag ausgearbeitet. Zwischen beiden Tarifen bestand aber eine derartige Differenz, der von den Unternehmern vorgelegte Tarif bedeute eher eine Verschlechterung der seitherigen Lohnverhältnisse, als eine Verbesserung. Die Kollegen der ganzen dortigen Gegend lehnten den Tarif der Unternehmer entschieden ab und verlangten Anerkennung des von ihnen ausgearbeiteten Tarifs, was die Unternehmer verweigerten. Hierauf legten nun fast sämtliche Kollegen am 28. Mai die Arbeit nieder, nachdem alle Vermittlungsversuche an der Halsstarrigkeit der Unternehmer gescheitert waren. Der weitere Verlauf des Streiks braucht nicht mehr geschildert zu werden. Aus der Fachzeitung kann sich jedes Mitglied genügend darüber informieren. Ebenfalls Streikarbeit wird hier selbstredend streng verweigert. Als nun Herr **S c h ö n** erfuhr, daß einige Kollegen wegen Streikarbeit Umfrage hielten, entließ er am 7. Juli 4 Kollegen mit der Motivierung, daß er ein wenig ausräumen müsse, denn die Fremden seien Hezer, diese müßten hinaus. Er glaubte wohl, wenn dann diese fort seien, dann sei die Zahlstelle wieder gesprengt. Aber er hatte die Rechnung ohne die Hezer gemacht, denn sein bestgehobter bleibt noch am Orte, da er anderweitig untergebracht wurde, während die übrigen abreisten. Am 10. Juli war auch unser Verbandsvorsitzender, Kollege **Stark**, anwesend, welcher das Gebaren des Meisters, der die Entlassung vornahm, ins richtige Licht setzte.

**Crainfeld.** Am 10. Juli fand in der Gemeindegasse eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Im 1. Punkt: Erhöhung der Beiträge, wurde angeführt, daß es sehr notwendig sei, die Beiträge so zu erhöhen, daß auch der Lokalfest etwas überwiesen werden kann. Es wurde hierauf einstimmig beschlossen, den Beitrag von 50 auf 70 Pfg. zu erhöhen. Der Vorsitzende betonte, bei Lohnkämpfen muß auch die Lokalkasse in der Lage sein, die nebenhelfenden Ausgaben decken zu können. Weiter führte er aus, daß, wenn die Kollegen eingehend unsere Fachzeitung lesen, sie ja ersehen, welche Kämpfe mit den Unternehmern zu führen sind. Den Kollegen muß die Macht der Unternehmerorganisation vor Augen geführt werden, desgleichen das brutale Auftreten so mancher Meister. Wer diese Vorgänge versteht, muß zur Ueberzeugung kommen, daß unsere Klassen gesamt sein müssen. Diesen Ausführungen wurde allseitig zugestimmt. Weiter beklagten sich mehrere Kollegen über Nichteinhaltung des abgeschlossenen Tarifs von seiten des Geschäftsz. Es wurde deshalb vorgeschlagen, eine Schlichtungskommission zu wählen, welche auch Tags darauf vom Geschäft anerkannt wurde. Hoffentlich wird sich nun das Geschäft besser an den Tarif gewöhnen. Auch wurde die Bundesratsverordnung besprochen und verlangt, daß die Buben des öfteren gereinigt würden. Ein Antrag, betreffend den Beitritt zum Gewerkschaftskartell zu Ohrdruf wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

**Düsseldorf II.** Am 7. Juli fand in der Zahlstelle Düsseldorf II eine gutbesuchte Versammlung statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zu der am 29. Juli in Köln stattfindenden Gaukonferenz. Die Diskussion zu diesem Punkte war eine sehr lebhaft. Es wurde ein Antrag gestellt, zur Unterstützung des Gauleiters zwecks Agitation in jeder Zahlstelle Kollegen zu einem Agitationskomitee zu wählen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Er soll in der Gaukonferenz zur Debatte gestellt werden. Der Antrag der Zahlstelle Düsseldorf II zur Konferenz lautet: „Die Statuten der Steinarbeiter auch in französischer Sprache übersehen und drucken zu lassen.“ Als Delegierter zur Konferenz wurde Kollege **W. M e h l e m** gewählt. Die stattgefundenen Besprechungen zeitigten gute Resultate. 30 belgische Kollegen ließen sich in unserer Zahlstelle aufnehmen. Wir zählen bis dato unter den Marmorarbeitern von Düsseldorf 110 zahlende Mitglieder. Dieses Emporblühen der noch jungen Zahlstelle ist der regen Agitation zu verdanken.

**Solzen bei Zitzershausen.** Versprechen und nicht halten. So geht es auch in dem hier belegenden Dolomitensteinbruch der Firma **H. R ü t t h a r d t** in Hildesheim. Am 1. April d. J. wurde von obgenannter Firma ein Tarif anerkannt, wonach Lohn sowie auch Affordarbeit entlohnt werden soll. Es dauerte jedoch nicht lange, so fing der **P o l i e r** König an zu kneifen, worauf mehrere Arbeiter dem Betriebe den Rücken kehrten. Als der Inhaber der Firma, Herr **R ü t t h a r d t**, sich bei einem Arbeiter nach dem Grunde der Kündigung erkundigte und die Antwort erhielt, daß das Benehmen des **P o l i e r s** sehr unangenehm sei, meinte Herr **R ü t t h a r d t**: „Sie müssen sich erst zusammen gewöhnen, dann wird das wohl besser gehen.“ Herr **R ü t t h a r d t** befahl damals noch dem Geschäftsführer und **P o l i e r**, die Arbeit genau nach dem Tarif zu berechnen und lieber noch einige Pfennige mehr zu zahlen, als es ausmache. Auf das letztere hätten nun die Arbeiter gern verzichtet, wenn sie nur das bekommen hätten, was

ihnen von Rechts wegen zustand. Denn nur, wenn mit dem Gericht gedroht wird, bequemt sich erst der Polier, nach Tarifrecht zu rechnen. Bei jeder Gelegenheit sagt dieser junge Mann, der noch nicht lange vom Militär entlassen ist, im ersten Kasermenton: „Das bekommen Sie nicht.“ Durch sein Auftreten sowie durch seine scharfe Behandlung, die er den ihm unterstellten Arbeitern zuteil werden lässt, glaubt er sich Achtung und Respekt verschaffen zu können. Er erreicht jedoch dadurch das Gegenteil. Von dem alten Stamm Leute, die dort noch vor Monaten beschäftigt wurden, sind ihm nur noch einige Arbeiter verblieben und diese werden hoffentlich ihr Recht behaupten. Die Firma will es jetzt mit fremden Arbeitern versuchen, ob dieselben zu solch einem minimalen Lohn arbeiten werden wie die hiesigen, wird die Zeit lehren. Einem Arbeiter, der in letzter Zeit aus diesem Betriebe freiwillig Abschied nahm, gab der Polier die bemerkenswerten Worte mit: „Zun Sie mir den Gefallen, und beehren Sie unsere Firma nicht wieder mit Ihrem Besuch.“ Warum? Weil der betr. Arbeiter seinen — laut Tarif — rechtmäßigen Lohn für Akkorarbeit verlangte. Ganz treffend wurde ihm von dem Arbeiter auch geantwortet: „Solange Sie hier in diesem Betriebe sind, passiert dieses auch nicht, sonst müßten Sie sich in nächster Zeit gebessert haben.“ Wir wollen der Firma alles Gute wünschen, jedenfalls wird sich der Polier Schimpfworte wie Schafstopp, blödsinniges Schwein usw. in allernächster Zeit abgewöhnen müssen. Auch läßt sich kein organisierter Arbeiter das ihm zustehende Recht bestreiten. — Wie wir erfahren, sollen von Rangensalza Steinmehlen nach Itzschhausen herangezogen werden. Wir erwarten von unsern Mitgliedern, daß sie von vornherein ihre dementsprechenden Rechte verlangen.

**Ramenz.** Am 8. Juli tagte im Gasthof zum Löwen eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter. Gauleiter Zahn referierte in 1½stündiger Rede über das Thema: Der Verband und seine Einrichtungen. Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Er behandelte die gesamte Entwicklung unseres Verbandes, seine Einrichtungen, Zwecke und Ziele und verweilte schließlich längere Zeit bei der Einführung der beschlossenen Krankenzuschüsse. Diesen Punkt beleuchtete Redner nach zwei verschiedenen Seiten, nach der materiellen und nach der idealen. Es fiel dem Redner nicht schwer, nachzuweisen, daß der Beitrag den Leistungen der Kasse gegenüber als sehr mäßig zu bezeichnen ist, und gerade die Steinarbeiter von Ramenz, welche von ihrer jetzigen Kasse mit 4.80 Mark pro Woche in Krankheitsfällen abgefunden werden, müßten eine solche Verbandseinrichtung mit Freuden begrüßen. Es sei nicht richtig, wenn jeder einzelne nur sein egoistisches „Ich“ in den Vordergrund stelle und ängstlich abdröbe, ob er nicht etwa um einen Pfennig zu kurz komme. Dieses widerspreche vollständig dem Gedanken der Solidarität. Die Frage liege vielmehr so: Wie fährt unser Verband dabei? Bei Beantwortung dieser Frage stellte zweifelsohne fest, daß die Krankenzuschüsse als Hindernis wohl geeignet sei, die Mitgliederzahl zu heben, eine größere Stabilität derselben zu erreichen und eine bessere Verbandstätigkeit herbeizuführen. Von diesen höheren Gesichtspunkten müsse sich in Zukunft jeder leiten lassen. Reicher Beifall folgte dem Schluß dieser Ausführungen. Sämtliche nachfolgenden Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus und nach kräftigen, aufmunternden Worten des Vorsitzenden Hoheisel sowie des sich um das Bestehen dieser Zählstelle sehr verdient gemachten Genossen Wehnert folgte der ausfallende Versammlung.

**Rangensheim.** Am 11. Juli fand hier in unserm Verbandstotal eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt, zu welcher auch unser Gauleiter Biewig aus Hannover eingetroffen war. Der Referent schilderte die heutige kapitalistische, wirtschaftliche Lage; er legte den Kollegen in klaren Worten dar, wie notwendig die Organisation ist und in welcher Hinsicht der Arbeiter von den Unternehmern ausgebeutet wird, er zeigte, daß gerade in der Steinindustrie der Unternehmerprofit ein ganz riesiger ist. Aber dem Arbeiter will es immer noch nicht so recht einleuchten, mit welchen Mitteln er seine traurige Lage verbessern kann und daß dies nur durch eine straffe Organisation zu erzielen ist. Ferner weist der Redner an verschiedenen Beispielen darauf hin, wie es viele Unternehmer gibt, die ungeheure Kapitalien anfammeln, die Arbeiter aber können nur von der Hand in den Mund leben. Da der Tarifvertrag hier nicht als ganz günstig zu verzeichnen ist, denn es wird hier das Glied mit 20 Pfg. bezahlt, erwähnte er die Kollegen, nicht gleich den Mut sinken zu lassen, denn es ist doch zunächst der Grundstein gelegt, vielleicht wird der nächste Vertrag besser gelingen. Redner erhielt für seine Ausführungen reichen Beifall. (Bitte in Zukunft kleineres Papierformat zu benutzen. Die gesandte Landkarte verdeckt ja den ganzen Segerastern. Red.)

**Reichen II.** Am 6. Juli tagte im Restaurant Winkwitz eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung. Gauleiter Zahn beleuchtete eingehend unsere gegenwärtige Lage, wie die Brutalität der Unternehmer es soweit brachte, sämtliche organisierte Kollegen auf die Straße zu werfen, und wie vorbem alle gütlichen Unterhandlungen gescheitert und abgeblasen wurden. Weiter wurde scharf kritisiert, daß die Frauenarbeit hier immer weiter getrieben wird, ohne daß man sich um das Gesetz kümmert, daß sogar die Frauen herangezogen werden, sozusagen Streikbrecherdienste zu leisten. Es wäre erwünscht, wenn einmal hier das Gesetz zur Geltung käme. Zum Schluß erwähnte der Referent alle Kollegen, fest und stark in dem uns aufgezwungenen Kampfe stehen zu bleiben. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

**Reustadt a. d. S.** Am 8. Juli nachmittags fand eine Versammlung in der Wingerengenschaft zu Gimmelbungen statt, welche nur mäßig besucht war, denn von 86 Kollegen unserer Zählstelle waren bloß 40 anwesend. Beim Platzbericht meldeten die Kollegen von dem Betriebe Reif, daß teilweise unter Tarif bezahlt wird. Es hat deshalb die Schlichtungskommission in Funktion zu treten. Auf keinen Fall können wir es einreichen lassen, daß hier einzelnen Positionen nach Belieben reduziert werden können. Wenn diese Methode im Hochsommer schon einreicht, wie soll das erst im Winter werden? Der schlechte Versammlungsbesuch wurde vom Vorsitzenden mit Recht gerügt. Auf die ganze Zählstelle wird durch die gewohnheitsmäßigen Versammlungsbesucher ein schlechtes Licht geworfen. Die Vorstandschaft wird mit aller Energie bemüht sein, diese lauen Verbandsmitglieder zu pflichtbewußten Gewerkschaftlern heranzubilden.

**Rürnberg.** Am 8. Juli fanden zwei Versammlungen der Steinarbeiter in Fischbach und Wehringensdorf statt. Als Referent war Gauleiter Mittenmeier-Würzburg anwesend, welcher über die freien Gewerkschaften, ihre Kämpfe und Ziele sowie über kollektive Arbeitsverträge referierte. Zum Vorsitzenden in beiden Versammlungen wurde Kollege Scheuring und als Schriftführer Kollege Rünzel-Rürnberg gewählt. Mittenmeier schilderte eingehend die Verhältnisse der Steinarbeiter in den Brüchen wie auf den Werkplätzen, ferner die Beitragserhöhung sowie die Krankenunterstützung. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Von verschiedenen Rednern wurde angeführt, den Vorsitzenden sowie den Kassierer kräftig zu unterstützen. Beschlossen wurde, bei jedem Eierbefall 5 Pfg. pro Mitglied für den Kranz zu erheben, auch wurde den Kollegen nahegelegt, die sogenannten unparteiischen Blätter aus ihren Wohnungen verschwinden zu lassen, damit die Arbeiterpresse, die französische Tagespost, ihren Einzug halten kann. Scheuring erwähnte die Kollegen, sich recht tatkräftig an allen Versammlungen zu beteiligen und schließt mit dem Wahlspruch: Nie kämpft es sich schlecht, für Freiheit und Recht.

**Wiesbaden.** In unserer Versammlung am 10. Juli wurde, nachdem der Ortskassierer gewählt war, die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt gegeben. Sie ergibt nach Abzug verschiedener im 2. Quartal entstandener, noch nicht bezahlter Posten einen

Ortsfonds von 563 Mk. Zur Beschaffung einer Bibliothek, deren Notwendigkeit für die Bildung der Kollegen eingehend erläutert wurde, wurden vorläufig 50 Mk. bewilligt. Der Vorstand wird beauftragt, sich wegen Auswahl der notwendigsten Bücher mit dem Arbeitersekretariat in Verbindung zu setzen. Die neuen Einrichtungen und die Änderungen innerhalb unseres Verbandes ab 1. Juli wurden den Kollegen nochmals eingehend vorgeführt. Der dann folgende Bericht der Lohnkommission über die Lohnbewegung der Marmorarbeiter zeigte, daß durch einmütiges Zusammenstehen der Erfolg nicht ausbleibt. Im ersten Antwortschreiben suchten die Unternehmer Verschleppungstaktik anzuwenden. Als nochmaliges Schreiben und selbst persönliche Rücksprache mit den Unternehmern, die Verhandlungen über unsere Forderungen zu beginnen, erfolglos blieben, legten am 6. Juli um 4 Uhr nachmittags sämtliche Hauer und Schleifer die Arbeit nieder. Um 1/2 8 Uhr abends schon erhielt die Lohnkommission ein Schreiben, worin sofort 2 Pfg. pro Stunde sowie 5 Prozent Zuschlag zu den seitherigen Akkordsätzen bewilligt wurden; außerdem erklärten sich die Unternehmer bereit, die Verhandlungen mit der Lohnkommission fortzusetzen. Unter diesen Zugeständnissen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Wirges (Westerwald).** Am 8. Juli fand im Gasthof des Herrn Michels eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Kollege Häusler aus Frankfurt anwesend, welcher, wie immer, die ihm gestellte Aufgabe in glänzender Weise löste. Er führte den anwesenden Kollegen besonders die großen Ausperrungen in anschaulicher Weise vor Augen. Redner kam auf die negativen Ergebnisse dieser kolossalen Machtpöben der Unternehmer zu sprechen und führte als besondere Beispiele die großen Ausperrungen im Baugewerbe an. Er betonte, daß durch solche Machtpöben der Unternehmer der gewinnende Teil nur die Arbeiterorganisationen sein können. Im weiteren rühte Redner die Arbeiterfürsorge und die Arbeiterzuschüsse ins richtige Licht und gestellte auch das Verhalten unserer Regierung, welche nicht genügend sozialpolitisches Verständnis besitze. (Stürmischer Beifall.) Die Diskussion war lebhaft. Ein Meister, welcher ja bekanntlich mit seinen Vorgesetzten niemals geizt, fand auch zu Beginn der heutigen Saison wieder das richtige Mittel, Steinmehlen in sein Eldorado zu ziehen.

## Rundschau.

**Tarifverträge** behalten unter gewissen Bedingungen auch noch nach ihrem Ablauf Gültigkeit. So hat das Gewerbegericht in Köln kürzlich entschieden. Die Kölnische Zeitung schreibt darüber: Ein Maurer klagte gegen einen Maurermeister auf Zahlung von Kündigungsschädigung mit der Behauptung, er sei am 1. Mai, vormittags, plötzlich entlassen worden. Der vor dem Gewerbegericht festgelegte Tarifvertrag im Baugewerbe, der die Kündigung ausschloß, sei am 30. April abgelaufen. Mithin habe am 1. Mai, als er den Arbeitstag angetreten, keine Vereinbarung über Kündigung bestanden und es müsse in diesem Falle also die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist eintreten. Das Gericht stellte sich jedoch auf einen anderen Standpunkt und entschied: Der Kläger ist zu den Bedingungen des Tarifvertrages bei dem Vorklagen in Arbeit getreten, und diese Bedingungen gelten auch nach Ablauf des Tarifvertrages so lange, bis die Parteien etwas anderes vereinbaren. Nach dem Tarifvertrag bestand keine Kündigung und die Parteien konnten das Arbeitsverhältnis jeden Tag, ohne Kündigung einzuhalten, lösen. Im vorliegenden Falle ist jedoch der Kläger ohne Grund mitten im Tage entlassen worden. Das ist aber nicht zulässig; nach der allgemeinen Rechtsprechung der Gewerbegerichte kann der Vereinbarung des Ausschlusses der Kündigung nicht die Bedeutung beigegeben werden, daß die Entlassung zu jeder Stunde vorgenommen werden kann, weil der Arbeitstag als Einheit der Arbeitszeit angesehen wird. Die Entlassung konnte demnach nur am Schluß des Arbeitstages erfolgen. Da dieses nicht geschah, wurde dem Kläger der Lohn für den 1. Mai zugesprochen, die Mehrforderung dagegen abgewiesen.

**Verkürzung der Arbeitszeit.** Die Verbandsleitung des Maurerverbandes hat beschlossen, eine rege Agitation für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit im Maurergewerbe betreiben zu lassen. Zu diesem Zwecke wird auch eine Broschüre, die den Zweck der verkürzten Arbeitszeit behandelt, zur Massenverbreitung gelangen. — Der selbe Verband hat weiter beschlossen, bezüglich der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, die demnächst in Berlin stattfinden, die Generalkommission zu ersuchen, dem Maurerverbande 50 Plätze für Kursteilnehmer bereit zu stellen.

**Die Sozialdemokraten kommen revidieren!** Eine ergötzliche Szene trug sich auf einem Neubau in der Gutenbergstraße in Görlich zu. Ein Revisionsbeamter der Unfallberufsgenossenschaft kam in den Hof eines Neubaus — auf den Bau selbst kam er nicht — und rief einem dort beschäftigten Maurer zu, daß er auf der Veranda die Türen dichter vorstellen solle, damit niemand herunterfalle. Nach dem 1. Juli kämen die Sozialdemokraten und wollten die Bauten revidieren. (Der Beamte hatte sicher den Aufruf der Bauarbeiter-Schutz-Kommission zur allgemeinen deutschen Bauten-Revision gelesen. D. Red.) Der Herr meinte weiter, daß die Sozialdemokraten nichts finden dürften. Er wüßte gar nicht, was die wollten; für Revisionen seien doch die Beamten da. Ehe der Genosse etwas erwidern konnte, war der Mann wieder weg. Die Maurer freuten sich köstlich, als sie diese Geschichte von der offiziellen „sozialistischen“ Bauten-Revision hörten.

**Zur Naturgeschichte des Terrorismus.** Einer der gemeinsten Schufte, die sich gewissermaßen ein Gewerbe daraus machen, ehrlichen Arbeitern die haarträubendsten Terrorismusmärchen anzudichten, um sich mit der Märtyrerkrone des gehegten und drangalierten „treuen Arbeiters“ zu schmücken, ist kürzlich gründlich abgeblüht. In Köln legten in einer chemischen Fabrik die Beschäftigten die Arbeit nieder, weil sich der Unternehmer weigerte, die Klassenlöhne abzuschießen. Ein Maurer blieb dort als Streikbrecher stehen. Nachdem die Differenzen geschlichtet, kamen die Streikenden wieder an ihre Arbeit und natürlich auch mit ihrem arbeitswilligen „Kollegen“ zusammen. Er wurde nicht beachtet, man ließ ihn, wie man so sagt, links liegen. Etwa drei Wochen nach der Wiederaufnahme der Arbeit entdeckte der arbeitswillige plöcklich, daß in seinem Kaffee ein starkes Quantum Salzsäure enthalten sei! Zwei Tassen hatte er von dem Gebräu schon getrunken. (???) Der Kaffee wurde nun sofort von den Chemikern der Fabrik untersucht, und diese stellten fest, daß der Kaffee eine solche Menge Salzsäure enthalte, daß sein Genuß den sicheren Tod herbeiführen mußte. Gegen einen Maurer, der neben dem Raume arbeitete, der zur Aufbewahrung der Kaffeefläschen usw. diente, ward nun eine Untersuchung wegen Giftmordversuchs eingeleitet.

Kürzlich ist nun das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß der ganzen Geschichte ein recht dreister Schwindel zugrunde liege, und hat die Untersuchung eingestellt. Nicht ein Schatten eines Beweises konnte für die Schuld des Angeklagten erbracht werden. Dieser will nun gegen den arbeitswilligen Strafantrag wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung stellen; denn er ist (wohl ebenso wie das Gericht) davon überzeugt, daß dieser, nachdem er von dem Kaffee schon getrunken hatte, die Salzsäure selber in die Flasche gegossen hat, um sich als „Opfer des Terrors“ materielle Vorteile zu ergaunern und die Gewerkschaftler, die seine Gesellschaft mieden, in einen schweren Verdacht und, wenn möglich, auch ins Zuchthaus zu bringen. Der saubere Plan ist nun nicht geglückt, und es war doch so schön gewesen! Die Streikbrecher sind wirklich saubere Elemente.

**(Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften)** Gegen die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaften nichts weiter seien, wie Anhängel und Hilfstruppen des Zentrums, wehren sich die Agitatoren und Propaganda dieser Organisationen immer mit großem Geschrei. Dieses Geschrei ist natürlich noch lange kein Gegenbeweis. Dagegen ist soeben einem christlichen Gewerkschaftsorgan einmal das offene Geständnis entschlüsselt, wozin bei den Christlichen die Reize gehen soll.

In der christlichen Gewerkschaftspresse wird z. B. eifrig dafür agitiert, daß sich die christlichen Arbeiter auch politischen Organisationen anschließen sollen. Es wird die Gründung von eigenen Arbeiterwahlvereinen gefordert, die die Wahl von Arbeiterkandidaten erstreben sollen. Recht vorsichtig sagt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, diese politische Betätigung solle „innerhalb der bürgerlichen Parteien“ erfolgen, man will also den Schein vermeiden, als ob man Propaganda für eine politische Zentrumorganisation treiben wolle. Daß es aber tatsächlich darauf hinausgeht, darüber ist sich natürlich kein Mensch im Zweifel, der die schwarzen Pappeneimer kennt. Nun haben aber einige bayerische Zentrumorgane aus Gründen, auf die man hier nicht weiter einzugehen braucht, gegen den Plan besonderer politischer Organisation der christlichen Arbeiter Stellung genommen und zwar z. T. unter persönlichen Ausfällen gegen den ultramontanen Landtagsabgeordneten Schirmer in München, der ebenfalls für die Schaffung von Arbeiterwahlvereinen Propaganda treibt. Schirmer polemisiert nun in der neuesten Nummer der von ihm herausgegebenen Sozialpolitischen Blätter ziemlich gereizt gegen die erwähnten Organe seiner Partei und bemerkt dabei, daß „es keine andere politische Organisation der christlichen Arbeiterschaft gibt als die Arbeiterwahlvereine der Zentrumspartei.“

Damit ist also nachgewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften eine systematische politische Propaganda zugunsten des Zentrums treiben. Deshalb bezeichnen sie sich auch als „politisch neutral“. Aber die christlichen Führer werden ja wohl wissen, was sie ihren Anhängern alles zumuten dürfen.

**Der arbeitswillige als „liebender Bruder“.** Wegen Verbrechens gegen § 173 des Strafgesetzbuches (Blutschande) wurde der arbeitswillige Krongen aus Neuß verhaftet. Krongen hatte, obwohl er verheiratet ist, ein Verhältnis mit seiner Schwester unterhalten, das nicht ohne Folgen blieb. Der „Musterarbeiter“ war in der Lederfabrik von Schleifenbaum in Neuß als Kaufkreißer beschäftigt, den im Streik befindlichen Arbeitern fiel er in den Rücken. Noch kürzlich trat er vor der Düsseldorfser Strafkammer als Zeuge in einem Prozesse gegen unseren Genossen Rinke auf. Rinke sollte die Staatsstütze in seiner arbeitswilligen-Ehre gekränkt haben und wurde auch bestraft. Der Staatsanwalt, der damals so lebhaft für den Schutz des arbeitswilligen eintrat, ist jetzt genötigt, sich des offenbar geistig minderwertigen Menschen auf andre Weise liebevoll anzunehmen.

**Dem sozialdemokratischen Verein in Breslau** gehören 50 Steinarbeiter an. Wir haben dort etwa 150 Verbandsmitglieder, mithin muß der Prozentsatz der auch politisch organisierten als sehr gering bezeichnet werden. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß es Pflicht unserer Verbandskollegen ist, auch für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Organisationen zu sorgen.

**Ueber die gewerkschaftliche Tätigkeit in Berlin** ist zu berichten, daß im Jahre 1905 die Berliner Gewerkschaften ungemein gewachsen sind, nämlich von 175 000 auf 225 000 Organisierte. Während dieses Jahres tobten große Ausperrungen in Berlin, die große Opfer forderten. Der Zuwachs ist vielleicht gerade auf die Ausperrungen zurückzuführen. Da die Gewerkschaften ihre ausgesperrten Mitglieder unterstützen, die Arbeiter aber mit der Ausperrung mehr zu rechnen haben, als das früher der Fall war, so werden viele sich der Organisation angeschlossen haben, um sich im Ausperrungsfalle die Unterstützung zu sichern. Die Gelder, die infolge der ungeheuren Mitgliederzahl umgelegt wurden, erreichten eine Höhe wie nie zuvor. Sämtliche der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften haben mit einer Einnahme von 6 548 788 Mark 65 Pfg. — das sind rund 2 Millionen Mark mehr als 1904 — abgeschlossen. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1906 insgesamt 1 839 256.16 Mk. Für Streiks wurden 1905 ausgezahlt 1 918 619.05 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 639 130 Mk., für Krankenunterstützung 479 739.33 Mk., für andere Unterstützungszweige 366 180 Mark 22 Pfg.

**Auf dem Verbandstag der Tapezierer** wurde folgendes Antrag angenommen: „Die Hauptverwaltung wird beauftragt, jedem befähigten Mitglied, das sich zur Teilnahme an einem der von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskursus meldet, zu den dabei entstehenden Unkosten einen Zuschuß bis zu 200 Mk. zu gewähren.“

**Der Verband der Kupferschmiede** feierte am 1. Juli sein 20jähriges Bestehen.

**Hoher Unternehmerprofit.** Von der Verwaltung der deutsch-luxemburgischen Bergwerks- und Gütten-Aktiengesellschaft wurde die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr nach Abschreibung des Fusionsgewinnes bei der Friedrich-Wilhelmshütte und erhöhten regulären Abschreibungen auf 10 Proz. angesetzt. Die Gesellschaft zahlt also 2 Proz. mehr als im Geschäftsjahr 1904/05, obgleich sie für ihre Neubauten bedeutende Mittel aufgewendet hat.

**Eine gewaltige Talsperre wird im Wöhnetal geplant.** Das Projekt ist von der Regierung schon genehmigt und dürfte daher in nicht zu ferner Zeit seiner Verwirklichung entgegengehen. Im Kreise Soest (Westfalen), zwischen den Städten Arnshagen, Neheim, Soest und Werl, liegt das Wöhnetal. Es sammelt die Niederschläge von über 400 Quadratkilometern, und man berechnet die Menge seines jährlichen Zuflusses auf annähernd 250 Millionen Kubikmeter. Diese Wassermenge soll gestaut und mit den Mitteln der modernen Technik der Industrie dienstbar gemacht werden. Die Klagen über die Unzuverlässigkeit des

Wasserstandes der Ruhr und der meisten Flüsse des Sauerlandes sind alt; namentlich die letzten trockenen Sommer haben den beteiligten Unternehmungen schwere Schädigungen gebracht. Das Ruhrgebiet besitzt zwar schon 8 Sperren mit einem Gesamtvolumen von ca. 30 700 000 Kubikmetern; eine neue, die Desterfalsperre, ist im Bau und wird noch 3 100 000 Kubikmeter fassen. Bei ungünstigem Wasserstande genügen diese Werke aber nicht zur Deckung des Bedarfes. Mit der neuen Riefenanlage will man dieser Not ein Ende machen. Die größte bestehende Sperre Deutschlands, die des Urftales in der Eifel, faßt 45 Millionen Kubikmeter. Der Steinhalt der Möhnetalsperre wurde von Regierungsbaumeister Vink, der nach dem verhängnisvollen Sommer 1904 die Verhältnisse prüfte, auf 118 Millionen Kubikmeter veranschlagt, er wäre also mehr als 2½mal so groß, wie der des Urftales. Das neue Wasserbeden soll nach dem Projekt eine Grundfläche von fast 1000 Hektar umfassen. Die Sperrmauer muß, um dem Druck der Wassermassen standhalten zu können, gewaltige Dimensionen annehmen und äußerst sorgfältig fundiert werden. Ihre Höhe soll 40 Meter, ihre Dicke am Fuße 31 Meter, an der Krone 6 Meter, der Gesamtvolumen also über 200 000 Kubikmeter Mauerwerk betragen. Um sie ganz auf festen, gesunden Felsboden stellen zu können, muß man das Betonfundament an einigen Stellen bis zu 9 Meter tief versenken. Die Gewinnung und der Transport des Materials dürfte sich verhältnismäßig einfach gestalten, da die nahen Berge genug davon bieten. Man veranschlagt für den Grunderwerb fast 6½ Mill. Mark und für die Bauarbeiten weitere 6 Millionen, so daß die Gesamtkosten an 15 Mill. Mark herankommen werden. Amortisation und Unterhaltung der Anlage sind auf über 600 000 Mk. jährlich berechnet worden. Am Fuße der Sperre soll eine Kraftstation zu 2000 Pferdestärken angelegt werden. Für die Rentabilität dürfte wesentlich in Betracht kommen, daß eine Anzahl benachbarter Städte, darunter Dortmund, Arnsberg, Unna, Hamm, und zahlreiche wasserarme Dörfer am „Sparstrang“ ihren Wasserbedarf teilweise oder ganz aus der neuen Sperre decken wollen, was durch deren hohe, für das Gefälle günstige Lage erleichtert würde.

**Die Kirche hat einen guten Magen.** Ueber den Peterspfennig hat der Kongregationspräsident Mehlert in Regensburg 1906 ein Büchlein geschrieben. Er kommt nach vielerlei Betrachtungen zu dem Schluß, „daß kein anderes Mosaik so gut angewendet und Gott dem Herrn so wohlgefällig ist, wie der Peterspfennig“. Jedoch ist es „eine bedauerliche Tatsache, die von maßgebender Seite schon öfters bestätigt wurde“, daß in den letzten Jahren der Peterspfennig „unglaublich“ zurückgegangen ist. Ueber den Staatshaushalt des Papstes gibt der Verfasser folgende Ziffern:

1. Zur privaten Verfügung des heil. Vaters . . . . .	500 000 Lire
2. Für die Karidine . . . . .	700 000 „
3. Für die armen Diözesen . . . . .	460 000 „
4. Präsektur der apostolischen Paläste . . . . .	1 800 000 „
5. Staatssekretariat . . . . .	1 000 000 „
6. Beamtengehälter . . . . .	1 500 000 „
7. Für Schulwecke und die Ausgaben der p. Wohltätigkeit . . . . .	1 200 000 „
Summa: . . . . .	7 160 000 Lire

Der zweite Posten erregt besonders das Mitleid des Verfassers: Ein anderer Posten von 700 000 Lire umfaßt die bescheidenen Gehälter der in Rom lebenden Karidine. Daß diese Summe kaum hinreicht, um den Kirchenfürsten ein standesgemäßes Aussehen zu ermöglichen, ist leicht begreiflich und wird durch die Tatsache bestätigt, daß einzelne Karidine nicht infam sind, sich eine eigene Equipage zu halten. Von den 7½ Millionen sind nur eine Million an Kapitalzinsen vorhanden, so daß 6½ Millionen durch den Peterspfennig aufgebracht werden müssen. Diese Summe will aber nicht mehr eingehen. Als Gründe dafür nennt der Verfasser u. a. die „Los-von-Rom“-Bewegung, der der Ultramontanismus sonst nicht die geringste Bedeutung einräumen will. Im übrigen lehrt die Aufstellung, daß von den 7½ Millionen etwa 6 für die prunkhafte Hofhaltung des „Stellvertreter Christi“ und seiner Karidine draufgehen. Die Tägliche Rundschau meint, die Kirche hat einen guten Magen. Aber die weltlichen Würdenträger haben keinen minder guten Appetit, als ihre geistlichen Kollegen, das beweisen die Zwillisten unserer deutschen Fürsten. Und wer es für eine unübertreffliche Einrichtung unserer göttlichen Weltordnung hält, daß einige hunderttausend Kapitalisten den Löwenanteil des „Nationalreichtums“ für sich reklamieren, der sollte doch den frommen Stützen dieser göttlichen Weltordnung zuletzt ihr „standesgemäßes“ Auskommen und ihre eigne Equipage mißgönnen!

### Eine Lohnbewegung am Kölner Dom.

Bei den Erneuerungsarbeiten am Kölner Dom scheinen völlig unhaltbare Zustände einreißen zu sollen. Bekanntlich sind bereits Werkstätte und Werkplatz gemietet worden, und es werden schon Steinmehnen eingestellt. Der Verband schickte dem Herrn Dombaumeister Hertel den Tarif ein, nach dem in allen Kölner Geschäften gearbeitet wird. Der Herr Baumeister bestätigte als höflicher Mann den Empfang des Tarifs, erklärte aber, die Lohnverhältnisse mit den anzustellenden Arbeitern ohne fremde Hilfe regeln zu wollen. Alle weiteren Bemühungen, eine Aussprache herbeizuführen, blieben erfolglos. Die Leute, die dort eingestellt werden, müssen gute Zeugnisse und eine Neu- und Bescheinigung von der Polizei einreichen. Als Lohn wird ihnen 4.50 Mk. geboten. Das kann den Steinmehnen nicht gleichgültig sein, denn in der Kölner Privatindustrie wird heute überall bei neunstündiger Arbeitszeit 5.25 Mk. gezahlt; und selbst dieser Lohn ist im Verhältnis zu dem in andern Großstädten üblichen bescheiden zu nennen. Zieht man in Betracht, daß Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr eingestellt werden, so haben die Kölner Steinmehnen alle Ursache, dafür zu sorgen, daß der Herr Dombaumeister Hertel nicht von Arbeitskräften überlaufen wird. Da der Verband die größte Mehrheit der Berufsgenossen umfaßt, so werden sich die Kölner Steinmehnen vorläufig noch nicht um die Arbeit am Kölner Dom reihen. Als unerhört muß es bezeichnet werden, wenn sogar bei solchen Arbeiten die Löhne noch gedrückt werden sollen. Das Material, das verarbeitet wird, ist für die Steinmehnen sehr schädlich und als Äquivalent bietet man ihnen einen sehr geringen Lohn an. Die Dombaupverwaltung denkt viellecht, die Kölner Steinmehnen sind Anarchisten, weil

bei der Arbeitseinstellung sogar noch ein — polizeiliches Leumundszeugnis gefordert wird. Wir können mit dem besten Willen nicht begreifen, welchen Zweck eine derartige Schmeißelei haben soll. Zureisende mögen die Dombaupwerkstätte meiden.

### Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 42. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Freies Kunstheim — Leben, Wissenschaft und Ethik. Von R. Kautzky. — Kindererziehung und Sozialdemokratie. Von Karl Wendemuth. — Holzjäger, Strohflechter!!! Von Rudolf Krafft. — Gewerkschaftsprinzip und Gewerkschaftstaktik. Von einem Bergarbeiter. — Die Weber in der Gegenwart. Von L. — Notizen: Unfallversicherung im Blumengeschäft. Von C. G. Von der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft. Von C. G.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 8.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Das kommunistische Manifest.** Dem Wunsche nach theoretischer Vertiefung entspricht, wie selten eine Schrift, das soeben in neuer Auflage mit einem Vorwort von R. Kautzky im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienene kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels. Das im Jahre 1847 verfaßte Manifest ist die bedeutungsvollste Schrift der sozialistischen Literatur. Trotz der 60 Jahre Zeitschritt haben darin die aufgestellten allgemeinen Grundzüge im ganzen noch heute ihre Richtigkeit; und die hier in unerreichter Meisterschaft und programmatischer Kürze entwickelte Marx-Engelsche Auffassung ist heute die wissenschaftliche Grundlage der sozialistischen Parteien aller Länder geworden.

Der Preis der gut ausgestatteten Broschüre beträgt 50 Pfg., eine für die Massenverbreitung bestimmte Agitationsausgabe ist zum Preise von 20 Pfg. zu haben. Die Broschüre kann durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsaussträger, sowie gegen Einsendung von 55 Pfg. direkt durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, bezogen werden.

### Zur Beachtung.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagnachmittag in unsern Händen sind.

### Quittung.

Für die Streikenden im Ralksteingebiet sind bis 9. Juli bei Unterzeichnetem eingegangen:

Stadtprojekten, 1. Rate . . . . .	5.— Mk.
2. Rate . . . . .	6.70 „
München, 1. Rate . . . . .	100.— „
2. Rate . . . . .	100.— „
Wondfeld, 1. Rate . . . . .	9.— „
Fechenbach, 1. Rate . . . . .	17.— „
Faulbach, 1. Rate . . . . .	10.— „
Summa: . . . . .	247.70 Mk.

Job. Mittenmeter, Gauleiter, Würzburg, Fabrikstr. 27.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Essen.** Das Buch von Otto Bäcker aus Eglingshofen, Nr. 46335, ist verloren gegangen. Dasselbe ist an H. Lamberg, Essen-Holsterhausen, Plantstraße 56, einzulösen.

**Bruckmühl.** Die Arbeitswilligen Bernhard Greiderer aus Kiefernfelden und Peter Helle aus Heufeld wurden aus dem Verbands ausgeschlossen.

**Seebergen.** Ausgeschlossen aus dem Verbands wurden die Steinmehnen Karl Höfler und Otto Karstedt.

**Deutmannsdorf.** Der Steinmehnen Heinrich Günther wurde aus dem Verbands ausgeschlossen. Grund: weil er boykottierte Wirtschaften besuchte.

**Dürheim.** Das Buch des Steinmehnen Peter Igel liegt in hiesiger Zahlstelle. Auf seine Anweisung schickte ihm der Kassierer das Buch per Nachnahme, eine Einlösung aber erfolgte nicht, so daß wir auch das Porto von 40 Pfg. nutzlos verausgaben mußten. Ralkfuß, Kassierer.

### Adressen-Änderungen.

**Bremen.** Die beiden Zahlstellen wurden zu einer verschmolzen. Der Vorstand besteht nun aus folgenden Personen: 1. Vorsitzender: Karl Maus, Brandstraße 94, I. Kassierer: Berthold Sah, Doventorsteinweg. Bei letzterem wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

**Königsberg i. Pr. (neue Zahlstelle im 1. Gau).** Vorsitzender: Otto Schulze, Hüfen-Wahnstraße 30. Kassierer: Karl Postes, Rippenstraße 5.

**Glumstein (neue Zahlstelle im 8. Gau).** Vorsitzender: Karl Vint. Kassierer: Franz Haag.

**Bruckmühl.** Vorsitzender: Johann Ellerer. Kassierer: Eugen Stahl.

**Heidelberg.** Vorsitzender: Friedrich Stämpfl, Bluntzschstraße 31. Kassierer: Peter Schmitt, Uferstraße 7.

**Sodenau.** Vorsitzender: Franz Quatember.

**Ludwigshafen II.** Vorsitzender: Joseph Horwedel, Ludwigstraße 43, IV.

**Wagwitz-Löwenberg (Schlesien).** Kassierer: Alfred Tiege, Rath. Kirchstraße 36, H. Dasselbst wird die Reiseunterstützung abends von 6—7 Uhr ausgezahlt.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 9. bis mit 14. Juli 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbtischen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Stegen, B. 0.40; Ems, B. 3.30; Desterdt, B. 4.90; Lübecke, B. 3.70; Werben, B. 3.—; Sommerfeld, B. 3.85; Lorgau, B. 3.20; Veelitz, B. 2.30; Kronach, B. 3.60; Randern, B. 5.95; Alt-Warthau II, B. 67.—; Albenberg, B. 17.28, D. 1.—, Z. 2.—, M. 0.50; Braunschweig, B. 3.84, E. 1.50; Frankfurt a. O., B. 27.20, E. 2.—, D. 1.75, Z. 4.50; Floß, B. 28.—; Gotha, B. 44.16, D. 5.50, Z. 11.50; Göppingen, B. 22.40, E. 2.—, D. 4.75, Z. 9.50; Hochstätten, B. 82.58, E. 0.50, D. 0.75, Z. 3.—; Hoof II, B. 72.—; Karlsruhe, B. 82.—; Kirchberg, B. 89.60, E. 5.—, D. 7.75, Z. 2.—; Kirchenslamitz, B. 126.24, Z. 4.—, M. 1.60; Rad, B. 24.08, E. 0.50, D. 1.75; Otterberg, B. 102.76, E. 7.50, D. 4.50, Z. 21.50; Pilgramsreuth, B. 139.72, E. 0.50, D. 12.75, Z. 26.50, Ins. 2.70; Rostock, B. 160.—; Reichenbach, B. 146.44, E. 0.75, D. 27.25, Z. 52.—; Rütten, B. 47.20, E. 1.50, D. 4.—, Z. 7.50, M. 0.50; Schmalkalden, B. 112.—, E. 3.75, D. 5.50, Z. 11.50; Schönberg, B. 5.1.—, D. 5.—, Z. 6.50, M. 12.50; Schnaitheim, M. 14.27; Wildemann, B. 41.32, D. 0.25; Zwidau, B. 8.64, Z. 2.50; Stuttgart, M. 1.25; Marienberg, B. 0.50; Jauer, B. 1.95; Königsberg, B. 2.40; Marttleuten, Ins. 5.—; Zweibrücken, B. 64.20, E. 3.—, D. 1.25, Z. 18.—; Witzberg, B. 102.48, E. 7.50, D. 2.50, Z. 15.—; Seebergen, B. 48.—, E. 0.50, D. 2.50; Emmendingen, B. 82.—, E. 5.50, D. 5.—, Z. 6.—, M. 0.75; Treuen, B. 9.22, Z. 2.50; Wlauen, B. 56.—, D. 6.50, Ins. 15.50; Ohjenbach, B. 27.65, E. 0.50, D. 2.—, Z. 6.—.

M. 6.60; Metten, B. 143.92, E. 6.—, D. 18.25, M. 7.10, Ins. 1.35; Ludwigshafen, B. 108.88, E. 0.50, D. 8.75, Z. 18.—, Ins. 2.85; Lübeck, B. 64.—; Königsberg 23.— (?); Königsstein, B. 76.16, E. 28.50, D. 16.75, Z. 31.50; Struppen 18.45 (?); Kiefernfelden, B. 1.20; Kellheim, B. 59.20, D. 4.50, Z. 12.—; Hamburg I, B. 91.52, E. 4.75, D. 3.75, Z. 10.—; Elberfeld, B. 7.20; Düsseldorf I, B. 8.40; Dietelsheim, B. 48.—, E. 6.—, D. 3.75, Z. 7.50; Dortmund, B. 36.80, Z. 4.—; Deutmannsdorf 118.78 (?); Coburg, B. 7.68, E. 2.—, D. 0.25, Z. 0.50; Wlauen, B. 86.87, E. 3.—, D. 18.—, Z. 15.—; Bunzlau, B. 80.80; Breslau I, B. 169.28, Z. 50.—; Wschbach, B. 23.50, E. 5.50; Alt-Warthau I, B. 77.76, D. 13.—, Z. 13.—, Ins. 5.50; Aachen, B. 4.30; Zimmerrohe, B. 5.—; Wlauenburg, B. 80.08, E. 0.50, D. 5.75, Z. 6.—; Ebenorf, B. 30.78, E. 6.50, M. 7.10; Münster, Z. 5.—; Morsfeld, B. 35.28, E. 0.50, D. 4.—, Z. 8.—; Oberbiltingshausen, B. 48.—, E. 9.—, D. 2.—, Z. 5.—, M. 7.10; Pirna, B. 548.48, E. 5.—, D. 43.75, Z. 74.—; Wofen, B. 56.—; Trennfurt, B. 33.60, D. 4.25, Z. 11.—; Wehlar, M. 78.57; Witzberg, B. 45.58, E. 4.—, D. 0.25, Z. 2.—; Goffett, B. 2.40; Wildemann, B. 13.14, D. 0.25; Weinsberg, B. 86.15, E. 6.—, D. 12.25, Z. 21.50; Offenburg, B. 52.92, D. 0.75, Z. 2.—; Neustadt a. S., B. 28.—, E. 1.—, M. 2.—; Wlauenburg, B. 42.—, Z. 10.—; Mannheim 12.15 (?); Höchst a. M., B. 27.80, D. 2.50, Z. 7.—; Lübeck, Z. 1.50.

Ludwig Geist, Kassierer.

### Briefkasten.

**Zimmermann.** Jeden Bericht können wir nicht aufnehmen. Von einer Zurücksetzung der Zahlstelle E. kann deshalb keine Rede sein. Gehen denn bei uns keine Vermutungen mehr, indem man sich sagt, mit Versammlungsberichten darf die Fachzeitung nicht überladen sein. — **Fagforenig, Kopenhagen, J.** Die deutschen Steinmetzen haben für den Streit zwischen Granit- und Sandsteinmehnen in Dänemark nicht das nötige Verständnis. Den gefandten äußerst umfangreichen Artikel lehnen wir ab. Solche Differenzen müssen in Eurer Fachzeitung zum Austrag gebracht werden. — **Gottlob, Emmerbuch.** Einzelzahler gehören auch in Zukunft der 1. Beitragsklasse an. — **Grailsheim.** Müste leider mit dem Blau- stift ein bisschen herumhantieren. Sonst besten Gruß. — **Lahr.** Solche Bagabunden schreibt man nicht erst aus.

### Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Bewerbung.

In dem Pflastersteingebiet Wurzen und Umgebung soll ein **besoldeter Bezirksleiter** mit dem Sitz in Wurzen angestellt werden. Reflektanten auf diesen Posten, welche agitatorisch tätig sein können und den verwaltungstechnischen Arbeiten gewachsen sind, wollen eine Eingabe über die Aufgaben eines Bezirksleiters mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 4. August an **Reinhold Vogel, Rökönitz-Treiben 49b** bei Wurzen (Sachsen) einsenden. Die Ortsverwaltung von Wurzen und Grimma.



**Albert Baumann**  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!

**Marmorschleifer**  
für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht.  
Wilhelm Zander, Essen-Rütterscheid  
Cäcilienstrasse 6a.

**Steinbruch-Arbeiter**  
zunächst zum Abräumen, später zum Brechen und Bearbeiten der Steine werden gesucht von  
**Fr. Fischer, Plötzkan i. Anh.**  
(Station Debitz ober Güsten.)



**Polytechnisches Institut Friedberg**  
b. Frankfurt a. M.  
Akademische Lehr-Anstalt mit Spezial-Kursen für  
**Architekten und Bau-Ingenieure**  
Absolventen von Baugewerkschulen finden Aufnahme.

**Der Zentralverkehr der Pirnaer Gewerkschaften**  
befindet sich im **Volkshaus** (früher Weisses Ross).  
Gute Küche. Reinliche Betten schon von 30 Pfg. an.  
Die Betriebsleitung. Karl Klugel.

**Hermann Pfell wo bist Du?**  
Deine Adresse wünscht **Wilh. Jöllenbeck, Bielefeld**, Ed.-Windhorst-Strasse 8.

**Sterbetafel.**  
(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

**Wagwitz.** Am 10. Juli verschied im Alter von 33 Jahren der Steinmehnen **Max Schmidt** an der Wassersucht.

**Schna.** Am 11. Juli starb der Steinbrecher **Joseph Kessler** im Alter von 48 Jahren an der Berufskrankheit.

**Erbach (Odenwald).** Am 11. Juli starb unser treuer Kollege **Ludwig Bak** im Alter von 38 Jahren infolge eines Blutsturzes.

**Reundorf II.** Am 12. Juli verschied im Alter von 48 Jahren der Steinbrecher **Franz Hofmann** an der Berufskrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **H. Staudinger, Leipzig.**  
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Klassenjustiz.

Es ist eine unanfechtbare, längst zum trivialen Gemeinplatz gewordene Wahrheit, daß ein Klassenstaat nur Klassenjustiz üben kann. Seine Rechtsprechung ist nicht dazu da, um der ewigen Gerechtigkeit zum Siege zu helfen, sondern um die Grundlagen zu sichern, auf denen sich der Klassenstaat erhebt. Dafür ist schon sein Strafgesetzbuch eingerichtet und ebenso die Verfassung seiner Gerichte. Für diese Klassenjustiz sind nicht der Einzelne oder die Einzelnen verantwortlich, sondern sie liegt im Wesen des Klassenstaates selbst, der sich nicht aus eigener Machtvollkommenheit beseitigen kann und will, aber sich beseitigen müßte, wenn die Klassenjustiz mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden sollte.

Es gibt jedoch einen wesentlichen Unterschied zwischen Klassenjustiz und Klassenjustiz. So lange ein Klassenstaat noch festen Boden unter den Füßen hat, d. h. nach den Bedingungen der historischen Entwicklung existenzfähig und existenzwürdig ist, so lange ist auch seine Klassenjustiz bemüht, eine anständige, ehrliche und würdige Haltung einzunehmen. Gewiß, sie urteilt nach Gesetzen, die im Interesse der herrschenden Klassen gegeben worden sind, und insofern ist sie Klassenjustiz, aber sie bemüht sich doch nach ihrem Wissen und Gewissen, nur zu urteilen und zu strafen, wo wirklich gegen diese Gesetze verstoßen worden ist. Sie gewährt dem Angeklagten dieselben Rechte, wie dem Ankläger, und sie bemüht sich, fern von jeder verblendenden Leidenschaft, fallblütig den Tatbestand zu prüfen und danach ihr Urteil zu fällen, unbekümmert darum, ob es den augenblicklichen Machthabern gefällt oder nicht. So lange die Klassenjustiz in dieser Weise gehandhabt wird, ruht der Klassenstaat noch auf sicheren Grundlagen; insofern ist denn auch das alte Wort richtig: *Justitia fundamentum regnorum*, die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Königreiche, nur daß es die Wirkung zur Ursache macht. Die Klassenjustiz vermag niemals den Klassenstaat zu erhalten, aber so lange ein Klassenstaat nach seinen historischen Existenzbedingungen leidlich gesund ist, hat er auch eine leidlich gesunde, d. h. eine innerhalb ihrer Schranken leidlich unparteiische Klassenjustiz.

Das ändert sich jedoch, sobald ein Klassenstaat in historischen Verfall gerät. Dann verfällt auch seine Klassenjustiz, und zwar um so schneller, je mehr sie dazu mißbraucht wird, die brutale Gewalt, womit sich der Klassenstaat allein noch aufrecht erhalten kann, mit den Formen des Rechts zu verkleiden. Dieser Mißbrauch tritt aber unfehlbar ein, weil der Klassenstaat, je mehr er von Wirklichkeit wegen seine Kräfte schwinden fühlt, sich um so krampfhafter einzubilden sucht, von Rechts wegen einen unzerstörbaren Anspruch auf ewige Existenz zu haben. Es genügen ihm dann nicht mehr die Strafgesetze, die er zur Sicherung seiner Klassenherrschaft erlassen hat, so lange diese Herrschaft noch festen Boden unter den Füßen hatte; er sucht sie durch Ausnahmegerichte zu ergänzen oder durch Kaufschußparagrafen zu wachsernen Nasen zu machen, die sich durch einen leisen Fingerdruck bald so und bald so kneten lassen.

Gleichermäßen verfallen denn auch die Organe der Rechtsprechung. Sie verlieren nach und nach jedes Bewußtsein richterlicher Würde und fühlen sich nur noch als Werkzeuge des Klassenstaates, der in tödlicher Angst um Leben oder Tod kämpft. Sie vertreten nur noch eine Sorte

von Gerechtigkeit, die nicht mehr mit verbundenen Augen richtet, sondern vielmehr in erster Reihe danach scheidet, ob der Angeklagte den herrschenden Klassen verhaßt ist oder nicht. Diese Sorte von Gerechtigkeit dehnt und reißt die Paragraphen des Strafgesetzbuches, bis sie einen Sinn darin findet, an den seine Urheber nie auch nur im Traume gedacht haben; mit Blicken, die von allen Schreden des bösen Gewissens tausendfach geschärft worden sind, sucht sie im harmlosesten Wort einen Fallstrick, und je länger je mehr wirft sie den letzten Schein von Unparteilichkeit ab, indem ihre Diener aus ihrer sicheren Stellung heraus wehrlose Angeklagte oder Zeugen mit Schimpf- und Schmähreden und selbst Verleumdungen überhäufen.

Um diese Ausführungen an einem Beispiel zu erläutern, so beziehen wir uns auf die englische Geschichte Macaulays, und zwar auf die treffliche Uebersetzung dieses Geschichtswerkes, die wir dem Vater des gegenwärtigen preussischen Justizministers verdanken. Macaulay schildert den englischen Richter Jeffreys als den feigsten aller Schufte, weil dieser Mensch die Angeklagten und Zeugen anfuhr, wie folgt: „O wie schwer es der Wahrheit wird, durch den Mund eines presbyterianischen Lügners sich Bahn zu brechen. . . . Gab es jemals auf der ganzen Erde einen solchen Schurken? Glaubst du, daß es einen Gott gibt? Glaubst du an das Fegefeuer? Unter allen Zeugen, die ich jemals sah, ist mir einer deinesgleichen niemals vorgekommen. . . . Du unverschämter Rebell, du willst über die Zeugen des Königs Betrachtungen anstellen? Ich sehe dich, du Spitzbube, ich sehe dich schon mit dem Strich um den Hals.“ Und so weiter ins Endlose.

Indem dieser nichtswürdige Richter die Bluturteile, die er fällte, noch mit solchem Geifer bespötte, wurde er von seinem Könige als die sicherste Stütze des Staats betrachtet und zum obersten Richter des Königreichs befördert. Es ist aber klar — und selbst der liberale Macaulay samt seinem Uebersetzer Weseler wissen diesen Zusammenhang sehr einleuchtend zu entwickeln —, daß Jeffreys ein Hauptwerkzeug werden mußte für den schmählischen Bankrott der Klassenherrschaft, die er zu stützen glaubte. Sobald die Klassenjustiz zu einer nackten Gewalt entartet ist, die, nicht zufrieden damit, ihre wehrlosen Opfer zu erschlagen, sie noch schimpft und schmäht, hat die zwölfte Stunde der Klassenherrschaft geschlagen.

## Bestimmen zur Beurteilung des Kollegen Staudinger.

Der Grundstein schreibt in seiner letzten Nummer: Dieser Prozeß stellt noch den gegen den Maurer Duda in Schatt, der unter dem Vorsitz des berühmten Frommhold vor einigen Jahren zum Austrag kam. Auch da handelte es sich um freitende Arbeiter, die dem Unternehmer den Streik kündigten, wenn er die Lohnabzüge nicht rückgängig mache. Dort ließ sich allerdings nicht leugnen, daß die Maurer mit großer Energie ihrer Forderung mit Berufung auf einen eventuellen Streik Geltung verschafft hatten. Hier hat es sich aber um eine geordnete Verabredung gehandelt, in der Gründe und Gegengründe ins Feld geführt wurden. Und das soll Erpressung sein! Verschreiet die Justiz im Klassenstaate weiter diesen Weg, wird der Ausbeutungsfreudigkeit der Unternehmer in erheblichem Maße Vorschub geleistet, die gewerkschaftliche Tätigkeit wird nur noch mit größter Vorsicht ausgeübt werden können. Ja, es wird gerade derjenige Teil gewerkschaftlicher Betätigung unterbunden, auf den auch bürgerliche Sozialpolitiker den größten Wert legen:

Die Vereinbarung zur Vermeidung des Kampfes, die Verhandlung mit dem Unternehmertum.

Auf neue hat sich hier offenbar, wohin die heilige Justiz steuert. Das Rechtsempfinden des Volkes muß durch solche Urteile schwer verletzt werden, die Arbeiterbewegung wird dadurch aber in keiner Weise aufgehalten, man wird dadurch vielmehr Hunderte von Arbeitern aufrütteln und ihnen zeigen, was sie heute von Staat und Rechtsprechung zu erwarten haben. Den Vorteil solcher Urteile haben also auch wir, hat die Arbeiterbewegung, der jedes Unrecht im Klassenstaate zugute kommt.

## Im Töpler lesen wir:

Die Rechtspflege in Deutschland artet immer deutlicher zur vollständigen Klassenjustiz aus. Dieses neueste Urteil bestätigt nur die diesbezügliche bisherige Rechtsprechungspraxis. Und es stellt vollends die den Arbeitern im § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechte in Frage. Denn falls die von dem Leipziger Staatsanwalt unter Zustimmung des Gerichts befundene Auffassung zur Rechtsnorm werden sollte, so wird es den Arbeitern unmöglich gemacht, durch von ihnen gewählte Vertrauenspersonen eine Vermittlung bei entstehenden Differenzen anzubahnen oder eine Verständigung herbeizuführen, weil diese dann dem Erpressungsparagrafen zum Opfer fallen müssen, sobald sie den Unternehmer auf die eventuellen Folgen seines Verhaltens aufmerksam machen. Der Verteidiger Staudingers richtete daher sehr zutreffend an den Staatsanwalt die Frage, wie sich wohl ein Verbandsbeamter nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft bei Tarifverhandlungen usw., wo doch stets das Mittel des Streiks in Frage käme, zu verhalten habe, um sich nicht des Verbrechens der Erpressung schuldig zu machen. Hierauf blieben ihm der Staatsanwalt und das Gericht die Antwort schuldig.

## Die Metallarbeiterzeitung schreibt:

„Erpressung“. Dieses Verbrechen soll sich der Redakteur des Steinarbeiters, Genosse Staudinger, schuldig gemacht haben. Ein Steinbruchbesitzer hatte einen Arbeiter „wegen seiner sozialdemokratischen Tätigkeit“ entlassen. Genosse Staudinger hatte im Namen des Steinarbeiterverbandes mit dem Unternehmer zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit wies er darauf hin, daß die Arbeiter Gegenmaßnahmen ergreifen würden, falls der Gemahrgeste nicht wieder eingestellt werde. Wegen dieser Sünde gegen den Kapitalismus und einer angeblichen Verleumdung wurde Staudinger zu einem Monat und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das ist wieder eines von den Gerichtsurteilen, die nur dadurch verständlich werden, daß die Richter — selbst Angehörige der besitzenden Klassen — nicht den genügenden Einblick in das heutige Wirtschaftsleben haben. Durch eine solche Art von Rechtsprechung wird es den Gewerkschaften unmöglich gemacht, manchen Streik zu verhindern, da ihre Vertreter die in Frage kommenden Unternehmer vor unrichtigen Maßnahmen nicht warnen dürfen. Um dem Fallstrick zu entgehen, muß man also den Streik erklären, ohne die Unternehmer bei Einreichung oder Vertretung von Forderungen auf etwaige Konsequenzen bei Nichtgewährung hinzuweisen.

## Gleichberechtigung.

In einem Kulturstaat wie Deutschland müßte es überhaupt nicht mehr zu verzeichnen sein, daß über dieses Kapitel gesprochen oder geschrieben würde. Nach Tatsachen und Erfahrungen aber ist dieses in unserem „Vaterlande“ fast nicht mehr zu umgehen, denn von Tag zu Tag wird das Verlangen nach Gleichberechtigung der geknechteten Arbeiter immer stärker. Und mit Recht! Wenn wir uns in unserer Berufsumgebung, so entdecken wir, daß viele Tausende von Arbeitern für einige Hunderte von Müßiggängern ihre Gesundheit und ihr Leben opfern müssen.

Wenn man sich nun fragt, was man uns dafür im wirt-

## An die sogenannten Arbeitswilligen!

Von Dr. Wassielieff.

Die Berufskollegen liegen im Kampfe. Und du?

Du arbeitest! Man sagt dir: Du bist ein Glender, ein Streifbrecher. Du ärgerst dich über diese freche Beschimpfung, und unter dem Schutze der Polizei setzt du deine Arbeit fort. . . .

Dein Meister muntert dich auf, ihm treu zu bleiben; deine Beleidiger werden vor Gericht geschleppt, und der Richter rächt dich und verdonnert dieselben zur Haft. . . .

„Nein, sagt man dir, du bist kein charakterloser Streifbrecher, sondern ein charakterfester Arbeitswilliger. . . .“

Am Ende wirst du noch stolz auf diesen Namen „Arbeitswilliger“; du pochst auf deinen Willen, zu arbeiten; du läßt dich nicht beeinflussen. . . . du fängst an, mit dem Meister laut über den „Zwang der Streikenden“ zu schreien; du betrachtest deine Berufskollegen als deine Feinde, die dich ins Unglück stürzen wollen und deinen Meister als einen „wohlwollenden“ Mann (zählt er dich doch gerade während dem Streik „extra gut“); deine Handlungsweise erscheint dir als eine vernünftige, gerechte. . . .

Wunder, mache die Augen auf! Meine Aufgabe wird es sein, dir dabei zu helfen. Es liegt mir fern, dich zu beschimpfen; gewinnen will ich dich der Vernunft und der Gerechtigkeit. Sei so gut und überlege dir folgende Zeilen:

Ich muß dir zwar bittere Sachen sagen, aber prüfe, ob nicht alle diese Bitterkeiten Wahrheiten sind. Ich werde dir beweisen, daß du kurzfristig bist und nicht über den nächsten Tag hinaus siehst; daß du für Geld und würdelose Zubilligung deine Kollegen verrätst und verkaufst; daß du, heute von deinem Meister gehätselt, schon morgen von demselben verkauft wirst; daß du in Wirklichkeit ein Verräter und ein Feind deiner selbst bist; der du, sobald der Friede zurückkehrt, nicht nur von deinen Kollegen, sondern auch von deinem Meister verachtet dastehen wirst.

Also höre: Bist du jung oder bist du schon ein älterer Arbeiter, es ist gleich, du wirst schon nach kurzer Ueberlegung einsehen, daß Tausende, ja Hunderttausende Arbeiter lebenslanglich verurteilt sind, arme Arbeiter zu bleiben.

Bist du jung, so überlege dir, was dich in den alten Tagen erwartet. Bist du ein alter Mann, so blicke auf dein Leben zurück und frage dich, was hat dir das mühevolle, arbeitsvolle Leben gebracht?

Jeder Arbeiter arbeitet heute nicht, um zu leben, sondern lebt, um zu arbeiten.

Beginnen die Hunderttausende von Arbeitern mit nichts ihr „selbständiges“ Leben, so können sie sicher sein, daß sie, alt geworden, ebenfalls — nichts haben.

Ja, bist du einmal alt, so hast du Schwirrigkeit, Arbeit zu finden; niemand will deine schwache Arbeitskraft kaufen; du bist dem Elend preisgegeben. Und wenn du auch Jahrzehnte „treu“ bei dem gleichen Unternehmer ausgehalten hast, erwartet dich

schließlich nichts anderes, als — die Entlassung. „Zum Trost“ bekommst du vielleicht ein schönes Zeugnis:

„. . . Er war ein ergebener und treuer Arbeiter, wir wünschen ihm herzlichst das beste Fortkommen!“

Ja, „Fortkommen“! Und während des ganzen Lebens nichts als Elend und Sorgen. . . .

Armut in der Jugend, Armut und Elend das ganze Leben hindurch und Elend in den alten Tagen. Das ist das Los des Arbeiters.

Ist dem so oder nicht? Antworte ehrlich. Genießt die Arbeiterschaft heute wirklich die großartige Kultur? Die große Masse leidet.

Und warum das? Ja, warum das? Du wirst mir bestimmen, wenn ich die gegenwärtig herrschende Konkurrenz unter den Arbeitern für die niedrigen Löhne verantwortlich mache. So lange die Unternehmer unter sich konkurrieren, leiden dieselben alle darunter. Bei der Uebernahme einer Arbeit fürchtet jeder seine Konkurrenten und hält seine Preise niedrig. . . . So auch bei den Arbeitern. So lange die Arbeiter gezwungen sind, wie es heute der Fall ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, fürchtet jeder Arbeiter bei der herrschenden Konkurrenz arbeitslos, das heißt mittellos zu bleiben, wenn er einen anständigen Lohn, einen „allzugutigen“ Lohn verlangt. Und so bleiben die Löhne niedrig. Mit den niedrigen Löhnen bleibt auch die Lebenshaltung des Volkes eine geringere: schlechte Wohnung, schlechte Ernährung, geistige Dunkelheit, Misere. . . .

So ist heute jeder gezwungen, seine Kraft billigt zu verkaufen. Die Reichthümer häufen sich an in den Händen der wenigen Reichen und die Volksmassen bleiben am gleichen Fleck in der Armut.

Wenn aber heute die Arbeiter gezwungen sind, schweigend den niedrigen, unwürdigen Lohn zu nehmen (klingt nicht in deinen Ohren die immer sich wiederholende, prozige Redensart der „Herren“: „Wenn du mit dem Lohne nicht zufrieden bist, so gehe! Ich halte dich nicht! Ich finde Leute genug, die noch billiger arbeiten als du!“ usw.), so sind dieselben gezwungen, auch die andern mißlichen Arbeitsverhältnisse aus dem gleichen Grunde zu ertragen. Die Ohnmacht der Arbeiter verfolgt dieselben Schritt für Schritt. Alle möglichen Ungerechtigkeiten, Verleumdungen und Schikanen müssen sie stillschweigend ertragen. Du weißt das zur Genüge!

Und wenn du erst alt bist. . . Wie oben gesagt, heißt es da: „Wir wünschen dir das beste — Fortkommen!“

Das schlimmste dabei ist aber, daß die Zukunft, die kommende Zeit nicht Besserung, sondern Verschlimmerung dieser Situation verspricht. Denn die Zahl der Arbeiter, der armen Leute, vermehrt sich; die Kinder der Arbeiter wachsen und vermehren durch neue Angebote der Arbeitskraft die Konkurrenz; dazu schreitet in allen Industrien die Technik vorwärts und wirft die überschüssigen Kräfte auf die Straße. Ueberlege dir das, präge dir das ein. . . . Willst du allen diesen Tatsachen gleichgültig gegenüberstehen?

Lügner sind diejenigen, die behaupten, daß für alle Menschen nicht genügend Reichthümer vorhanden sind, daß die Besserstellung der Arbeiter unmöglich ist. Die Reichthümer nehmen kolossal zu, aber die gegenwärtige traurige Organisation der Arbeit hält das Volk, dich und andre Arbeiter im Elend.

Und nochmals: Willst du gleichgültig in den Tag hineinleben und in deiner gegenwärtigen Ohnmacht verbleiben!

Nein, bist du noch ein denkender Mensch!

Also die Konkurrenz unter den Arbeitern soll verschwinden. Und dies ist die Aufgabe der Vereinigung der Arbeiter. Vereinigt, können die Arbeiter durch gemeinsames Vorgehen ihre Löhne erhöhen und andre Arbeitsverhältnisse verbessern, Ungerechtigkeiten Schritt für Schritt verbessern, Ungerechtigkeiten Schritt für Schritt vermindern, Schikanen verhindern usw.

Vereinigtes Vorgehen! . . . Nun kommen die Lohnzahler, die Käufer der Arbeitskraft, die Unternehmer und — bekämpfen auch vereinigt die Bestrebungen der vereinigten Arbeiter. . . .

Auf was können diese Leute in erster Linie dabei spekulieren?

Nur auf den Hunger der Arbeiter und auf die Uneinigkeit unter den Arbeitern. Tausende und Tausende von Arbeitern sind heute auf die Unternehmer angewiesen; unter welchen Verhältnissen hast du oben gesehen.

Die Unternehmer können aber ohne Arbeiter ebenfalls nicht existieren. Es ist klar, sind die Arbeiter unter sich einig, so verlangen dieselben einhellig gewisse Löhne usw., so müssen die Unternehmer nachgeben.

Und geben sie nach — so merke dir das! — haben sie nichts verloren. Die Besserstellung des Volkes schadet nie der Industrie. Die Besserung der Löhne erhöht die Bedürfnisse des Volkes, befruchtet die Industrie, es wird mehr gekauft, es wird mehr produziert. . . .

Die Kurzsichtigkeit der Unternehmer läßt sie das nicht einsehen. Auf die Forderungen der vereinigten Arbeiter antworten die Herren prozhaft: „Wir bemitleiden nichts!“ Die Arbeiter werden zum Kampfe gezwungen; sie verweigern die Arbeit unter den alten Bedingungen, sie legen die Arbeit nieder, andre Arbeiter sammeln die Mittel und helfen denselben im Kampfe. . . . Die Unternehmer suchen mit aller Gewalt die Arbeiter in das alte Joch zu bringen. Wie wäre das aber möglich, wenn alle Arbeiter treu zu ihrer heiligen Sache ständen! Es wäre unmöglich. . . .

Und nun kommst du, „Streifbrecher“, auf den Plan! Du fällst deinen Berufsgenossen in den Rücken. Du drohst durch deine Haltung alles zu verderben. . . . alle bis dahin gebrachten Opfer zunichte zu machen. Siehst du jetzt nicht ein, welche unverantwortliche Rolle du da übernommen hast?

Wunder, mache die Augen auf! Du nütze dem Unternehmertum bei der Aufrechterhaltung der Ausbeutung; du schändest die Sache der Besserstellung deiner eignen Klasse.

Besinne dich und trete ruhig in die Reihen deiner Kollegen oder aber — frage bewußt das Angeicht eines Judas. Und deine eignen Kinder sollen dir fluchen! (Die Arbeit.)

Wirtschaftlichen und politischen Leben für Rechte einräumt, dann kommt man zu dem Fazit: Fast gar keine. Die Arbeiter, die von früh bis abends fronden müssen, werden von der kapitalistischen Brut einfach bebormundet und erhalten zum größten Teile als Lohn ein — schmachliches Kräftgeld. Dann kommt noch der Staat, der mit seinen langen Fingern tief in den Geldbeutel der Arbeiter greift, aber ihnen zum größten Teile in Deutschland die Rechte vorenthält. Gerade die heutige herrschende Klasse wendet die wertvollsten Mittel an, um einerseits den Arbeiter auszubeuten, andererseits demselben die wichtigsten Rechte zu verweigern. Und kennzeichnet nun der eine oder andere Arbeiter diese Ungerechtigkeiten mit deutlichen Worten, dann fliegt er ins Gefängnis. Die Arbeiterschaft aber erkennt erfreulicherweise von Tag zu Tag immer mehr, daß sie mit Hilfe einer gut ausgebauten Organisation auch die Sprößlinge des früheren Raubrittertums besiegen kann.

Als vor einigen Wochen die deutschen Reichstagsboten Berlin verließen, hatten die meisten der bürgerlichen Tribunale noch dafür gesorgt, daß der großen Masse des Volkes noch etwa 200 Millionen neuer Steuern aufgebürdet wurden. Der Arbeiter, mit seinen bescheidenen Löhnen, bricht beinahe so schon zusammen unter der indirekten Steuerlast, aber die Herren im Reichstage haben für die Arbeiter kein Erbarmen.

Auf die Klassenjustiz, die in Deutschland zu verzeichnen ist, sei bloß kurz verwiesen. Der Spruch, „vor dem Gesetze sind alle Deutschen gleich“, ist zum vollen Humber geworden. Tritt heute ein Arbeiter auf die Angeklagtenbank, weil er wegen seiner politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit gegen das Gesetz verstoßen haben sollte, so weiß er von vornherein, die Bestrafung wird drakonisch ausfallen. Die bisherige Spruchpraxis beweist das ja genügend.

Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß auf dem nächsten Parteitag in Mannheim die deutsche Rechtsprechung etwas unter die Lupe genommen wird. Als der sattham bekannte Sesko v. Puttkamer in einer afrikanischen Musterkolonie seine groben Gesetzesverstöße beging, wurde dieser Geld erst abberufen, nachdem die ganze öffentliche Meinung fragte, wie konnte ein solches Scheusal so lange auf seinem Posten bleiben. Passfalschungen usw. wurden diesem blühenden Regierungsmann vorgeworfen, und heute ist noch nicht einmal ein Disziplinarverfahren gegen diesen ehemaligen hohen Beamten eingeleitet worden.

Die organisierte Arbeiterschaft muß mehr als bisher durch Aufklärung Sorge tragen, den Indifferenten zu zeigen, wie in Deutschland die Gleichberechtigung beschaffen ist.

G. M.

## Der neue Kurs gegen die Gewerkschafts-Redakteure.

Wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen in zwei Artikeln des Hafenarbeiter, wurde der Redakteur Genosse Görlitz-Mona vom Landgericht Hamburg II zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Artikel wandten sich in scharfer Form gegen das profithungrige Zechenunternehmertum, das die Borussia-Katastrophe verschuldet hat und gegen die systematische Aussperrung des Volkes durch die Interessen- und Beutepolitik des gewissenlosen Agrariertums. Gegen beide hatte Görlitz, was selbstverständlich ist, zum Kampfe aufgefordert. Der Staatsanwalt wartete mit der riesigen Entdeckung auf, „der Gegensatz zwischen Besitzenden und Arbeitern sei nur durch die Hezereien der sozialdemokratischen Presse“ herbeigeführt worden. Er beantragte acht Monate Gefängnis. Das Gericht begnügte sich mit sechs Monaten.

Damit ist die Existenz des Hamburger Staates wieder einmal gerettet. Nachdem die Hamburger Staatsstücken das Volk entrechtet haben, wird die Justiz mobil gemacht, die Verteidiger des Volkes hinter schmedische Gardinen zu bringen. Die grandiose Auffassung, die hierbei in national-ökonomischen und sozialen Dingen von Vertretern der Justiz an den Tag gelegt wurde, daß nämlich der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen nicht etwa durch die Ausbeutung der letzteren durch die ersteren, sondern durch die bösen Hezereien der sozialdemokratischen Presse hervorgerufen wird, ist bezeichnend für das geistige Niveau der Rechtspflege in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert. Als Vertreter der Besitzlosen muß Genosse Görlitz sechs Monate hinter dunklen Kerkermauern verbringen, während die Vertreter der Besitzenden in Hamburg in den Redaktionsräumen der Hamburger Nachrichten in der wichtigsten, gemeingefährlichsten Weise gegen das Volk und seine dürftigen Rechte hegen dürfen; und während die Hamburger Reeder ungestraft ihre Schiffe mit ungesegelt angemusterten und vollkommen ungenügender Besatzung entgegen allen gesetzlichen Bestimmungen in See schicken dürfen. Da rührt sich kein Staatsanwalt, da findet sich kein Vertreter der Justiz, um klarzustellen, daß der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen durch die wüsten Hezereien der Prektrabanten der Hamburger Reeder herbeigeführt wird.

Die Staatsanwälte sind überhaupt die treuen Wächter des Staates. Sie sind darum nicht immer so prude wie in Hamburg, wo sie sich wegen des „rüden Tones“ der Arbeiterpresse entriüsten, so schreibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission. Ein Beweis dafür wurde vor ganz kurzer Zeit in der Nähe von Breslau geliefert, wo ein Aufseher auf einem Gute einen 16jährigen Arbeiter wegen eines geringfügigen Unfalles geohrfeigt, mit dem umgekehrten Peitschenstock auf Kopf und Schulter geschlagen und schließlich am Halse derartig würgte, daß das Blut aus der durchgegriffenen Haut floß. Der Staatsanwalt aber, bei dem von den Eltern des Mißhandelnden Anzeige erstattet wurde, lehnte es ab, die Anklage zu erheben, weil kein öffentliches Interesse vorlag. Auf die Privatklage der Eltern gegen den rohen Peitschenpeinigenden verurteilte das Breslauer Schöffengericht den Beklagten zu dreißig Mark Geldstrafe.

Oder einen andern „Fall“ deutscher Rechtspflege. In Königsberg i. Pr. wurde ein Maurer, als er seinen Lohn abholen wollte, von dem Unternehmer und dessen Polier in der gemeingefährlichsten Weise mißhandelt, von dem Unternehmer mit einer Latte geschlagen usw., so daß er acht Tage arbeitsunfähig war. Auf die Anzeige beim Staatsanwalt beantragte dieser zwar vor dem Königsberger Gericht zwei Monate Gefängnis gegen den Unternehmer und einen Monat Gefängnis gegen den Polier.

Das Gericht erkannte indessen gegen den Unternehmer auf 100 Mk. und gegen den Polier auf 30 Mk. Geldstrafe.

Die prügelnden Staatsstücken kommen mit geringen Geldstrafen davon. Der Redakteur eines Arbeiterblattes aber, der in etwas scharfen Worten die Aussperrung des Volkes durch das profithungrige industrielle und agrarische Ausbeutertum glosiert und zum Kampfe dagegen aufruft, wird ins Gefängnis geworfen. Das nennt man deutsche Rechtspflege im zwanzigsten Jahrhundert.

## Fünf Jahre zweck- und nutzlose Existenz

der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften zeigt eine Betrachtung in die Entwicklung dieser Organisation für die Jahre von 1900 bis Ende 1905.

Die folgende Tabelle zeigt die Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften am Ende 1900 und nach fünf Jahren, am Ende 1905 und die erreichte Zu- und Abnahme.

Namen der Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder am Ende		Zahl der Zu-   Abnahmen	
	1900	1905		
Maschinenbauer und Metallarbeiter	39 624	49 516	9 892	—
Kaufleute	5 532	14 614	9 082	—
Textilarbeiter	3 772	5 365	1 593	—
Bergarbeiter	644	2 189	1 545	—
Fabrik- und Handarbeiter	18 154	19 598	1 444	—
Tischler	6 806	8 078	1 272	—
Schneiber	3 550	3 840	290	—
Brauer, Reepschläger u. Reiner	46	317	271	—
Löpfer	1 425	1 673	248	—
Konditoren	216	303	87	—
Schiffszimmerer	160	235	75	—
Graphische Berufe	1 950	2 018	68	—
Bildhauer	433	441	8	—
Schuhmacher u. Lederarbeiter	6 443	5 210	—	1 233
Zigarren- und Tabakarbeiter	1 656	1 399	—	257
Bauhandwerker	1 433	1 238	—	195
<b>Summa</b>	<b>91849</b>	<b>116034</b>	<b>25970</b>	<b>1685</b>

Also insgesamt 24 285 Zunahme

Außerdem hat die Gewerkschaftsleitung im Jahre 1902 die deutschen Frauen entdeckt und für dieselben den Gewerkschaftsverein deutscher Frauen gegründet, der in demselben Jahre 690 Mitglieder erreichte und 1903 mit 941, 1904 mit 1160 und 1905 mit 1063 Mitgliedern abgeschlossen hat. Die Mitgliederzahl dieses Gewerkschafts geht schon wieder retour.

Aus der obigen Tabelle ist ersichtlich, daß der Gewerkschaftsverein der Kaufleute allein 9082 Mitglieder zugenommen hat. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften für die Arbeitergruppen, die sich wie Arbeiter fühlen, ist also nur von 86 317 auf 101 420, oder um 15 023 Mitglieder gestiegen. Das macht im Durchschnitt pro Jahr eine Mitgliederzunahme von 3000.

Den braven Girsch wird nach den 37 Jahren des inhaltslosen Lebens der Gewerkschaften ein Blick in die Zukunft, wenn sie einen Vergleich mit der Entwicklung der so viel bekämpften und geschmähten modernen Gewerkschaften anstellen, erkennen lassen, daß ihre Organisationen trotz des scheinbaren Wachstums im letzten Halbjahrzehnt keine fruchtbare Arbeit leisten können. Die modernen Gewerkschaften sind in derselben Spanne Zeit von 680 000 auf 1 300 000, also um 620 000 Mitglieder gewachsen. Das macht eine durchschnittliche Zunahme von 124 000 für jedes Jahr. Die absolute Mitgliederzunahme in den modernen Gewerkschaften geschieht in stark steigenden Zahlen und in den Gewerkschaften mit gleichbleibenden, ja sogar kleiner werdenden Zahlen.

In den Gewerkschaften der Fabrik- und Handarbeiter und der Tischler waren in den letzten fünf Jahren schon höhere Mitgliederzahlen erreicht, als sie am Jahresabschluss 1905 zu verzeichnen waren. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß diese und andere Gewerkschaften ebenfalls, wie die Schuhmacher und Lederarbeiter, Tabakarbeiter und Bauhandwerker jetzt schon stetig mit dem Mitgliederbestand zurückgehen. Der Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaftsverein zählte Ende 1903 22 018 Mitglieder, die bis Ende 1905 auf 19 598, um 2320, retour gingen. Der Tischlergewerkschaftsverein war am Ende 1904 auf 8579 Mitglieder angelangt, wovon aber Ende 1905 nur noch 8078, also 501 weniger, zu verzeichnen waren. Dieser Rückgang in der Mitgliederzahl erfolgt ganz natürlich aus der vollständig ungenügenden Leistungsfähigkeit und der arbeiterverräterischen Haltung der Gewerkschaftsführer bei verschiedenen Lohnbewegungen, wie sie sich in letzter Zeit bei den Metall-, Holz- und Bergarbeitern ebenso wie bei den Textilarbeitern gezeigt hat. Der Leser erinnere sich nur an das Verhalten des Vorstandes des Gewerkschaftsvereins beim Schuhmacherstreik in Weiskensfeld, beim letzten Streik der Bergarbeiter im Braunkohlenrevier Weiskensfeld-Zeit, an das Verhalten der Gewerkschaftsleitungen in der Textil- oder Metallarbeiter-Lohnbewegung. In sehr vielen Fällen mußten die Gewerkschaftsmitglieder ihre Kampfes- und Leidensgenossen im Stiche lassen, weil ihre Leitungen das Ausschalten im Kampfe bereitstellten.

Unbeachtet kann nicht bleiben, daß die Berg-, Metall- und Textilarbeiter durch die letzten großen Lohnkämpfe Mitglieder aufnehmen konnten, die nur zu ihrer persönlichen Sicherheit, der höheren Beiträge der Gewerkschaften und des geschwungenen roten Lappens wegen den Gewerkschaften beitraten. Die Kriegervereine bestimmen ihre Mitglieder in letzter Zeit, in die Gewerkschaften einzutreten, damit diese Patriotenvereine keine Unterstützung zu zahlen brauchen. Durch die oben gekennzeichneten Momente wird die nutz- und zwecklose Existenz vorerst noch notdürftig aufrechterhalten.

Die Gewerkschaftsleiter sind blind, wenn sie nicht einsehen, daß die Gewerkschaften nur noch künstlich erhalten werden. Instinktiv fühlen sie den Untergang und in letzter Not versuchen sie, sich an die Vertreter und Machthaber des Kapitals, an die Gegner der Lohnarbeiter anzulehnen. Dadurch beschleunigen sie das Umschlagreifen der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften verschwinden können, ohne daß eine Lücke für die deutschen Arbeiter fühlbar wird. Die Gewerkschaften sind Ballast, überflüssiger Ballast für die deutschen Arbeiter auf dem Wege zu ihrer gesunden sozialen Stellung. Deswegen in den Drfus mit diesen die Arbeiter zersplitternden Organisationen!

Den Gewerkschaftsmitgliedern empfehlen wir, die in vorstehendem Artikel angegebenen Zahlen auszuscheiden und bei ihrer Agitation zu benutzen.

## Dem Unternehmer Schutz — dem Arbeiter Trut

(Zwei Dokumente aus dem Klassenstaate.)

Es ist noch in Erinnerung, daß vor wenigen Wochen die Generalkommission für Bauarbeiterschutz — eine Institution der freien Gewerkschaften — in der gesamten Parteipresse zu einer außerordentlichen Baukontrolle aufforderte für die Zeit vor 15. bis 30. Juni d. J., um Material zu gewinnen, mit dem die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform des Bauarbeiterschutzes zu beweisen ist. Durch den Nachweis der lagen Befolgung der schon bestehenden Unfallverhütungsvorschriften soll auch die Notwendigkeit von Arbeiterkontrollen, von Arbeitern i. freier Wahl gewählt, nachgewiesen werden. Daß durch die getroffenen Maßnahmen die Unternehmer nicht sonderlich erbaut sind, haben sie durch die bürgerliche Presse deutlich genug zu erkennen gegeben. Daß aber in aller Form eine Gegenaktion organisiert worden ist, davon hatte man bisher noch nichts gehört. Zwei Dokumente aber, die der bekannte günstige Wind auf der Redaktionstisch der Vorwunder Arbeiterzeitung geweht hat, legen Zeugnis dafür ab. Dokumente, die beweisen, daß die Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften Material gegen die Arbeiter herbeischaffen, damit deren Beschwerden als nichtig und die Forderungen als ungerecht erscheinen. Die Anregung ging von der Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft in Hannover aus und der Vorstand des Verbandes deutscher Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften in Berlin gab der Anregung gern und willig Folge durch Anweisung an die übrigen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften.

Wir lassen die beiden Aktenstücke folgen:

Nr. 1.

Hannoversche Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft.  
Hannover, den 6. Juni 1906.

An den  
Verband der deutschen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften zu Berlin SO.

Anlässlich eines im hiesigen Volkswillen erschienenen Aufsatzes an die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands, wonach von der Generalkommission für Bauarbeiterschutz außerordentliche Erhebungen über die angeblichen Mißstände auf Bauten in der Zeit vom 15. bis 30. Juni d. J. angeordnet werden, erlauben wir ergehenst, auch seitens des Verbandes Stellung zu diesem Vorgehen zu nehmen.

Wir halten es für unbedingt notwendig, daß von sämtlichen technischen Aufsichtsbeamten der Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften ebenfalls in der Zeit vom 15. bis 30. Juni d. J. über folgendes Bericht erstattet wird:

1. Wieviel Betriebe und Betriebsstätten sind in der Zeit vom 15. bis 30. Juni 1906 revidiert?
2. Wieviel von diesen Betrieben befanden sich bezüglich Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften in Ordnung und in wieviel Betrieben wurden Verstöße gegen gedachte Vorschriften festgestellt?
3. Worin bestanden die Verstöße? (Leichtere und gröbere.)
4. Wieviel dieser Verstöße konnten und mußten durch die Mitwirkung der Arbeitnehmer — vergleiche die einschlägigen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften, hier §§ 36 bis 47 — vermieden werden?
5. In wieviel Fällen konnten den Arbeitnehmern direkte Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften zur Last gelegt werden?

Wir werden unsere technischen Aufsichtsbeamten anweisen, im Sinne des Vorstehenden Revisionen vorzunehmen und Ihnen demnächst das Material zugehen lassen.

Von Ihren Beschlüssen bitten wir uns in Kenntnis zu setzen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

des Hannoverschen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft.

Gez. Unterschrift.

Nr. 2.

Verband der deutschen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften  
Berlin, den 7. Juni 1906.

Von der Hannoverschen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft geht mir die abschriftlich beigefügte wichtige Mitteilung zu.

Ich halte es für überaus geboten, daß der dankenswerten Anregung Folge gegeben werde und bitte deshalb, den dortigen technischen Aufsichtsbeamten gefälligst, wenn möglich, den Auftrag zu geben, die von der Hannoverschen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft angegebenen Feststellungen (bornehmlich in größeren Städten) in der Zeit vom 15. bis 30. Juni d. J. vorzunehmen.

Bereits im Jahre 1897 waren wir genötigt, einer Veröffentlichung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über angebliche Mißstände im Baugewerbe entgegenzutreten; es erscheint deshalb wichtig, daß wir jetzt den zu erwartenden neuen Behauptungen unsere Feststellungen entgegenstellen können.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Der Vorsitzende

des Verbandes der deutschen Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften.

Gez. Unterschrift.

Und nach solchen unabweidenden Beweisen für die Parteilahme der Berufsgenossenschaften gegen die Arbeiter verlangen noch nahe Gemüter, die so Behandelten sollen Vertrauen zu diesen Institutionen haben.

## Submissionsblüten.

Von einem fleißigen Leser unserer Fachzeitung wird uns ein eigenartiges Submissionsresultat mitgeteilt.

Zum Bau der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche in Siegnitz (Schl.) wurden folgende Offerten abgegeben:

Zeidler u. Wimmel, Bunsleben (Warthauer Sandstein)	11 684.45 Mk.
Reichert u. Komarek, Rüdgers (Heuschauer Sandstein)	15 664.45 "
Künzel u. Hiller, Breslau (Hodenauer Sandstein)	10 620.62 "
Hoffsteinmeiester Nigal, Breslau (Warthauer und Heuschauer Sandstein eventuell alles aus Heuschauer Stein)	7 181.75 "
Bogel u. Müller, Dresden (ohne nähere Angaben, wahrscheinlich Postelwitzer Stein)	10 416.09 "
Hoffsteinmeiester Karl Schilling, Berlin (Warthauer Stein)	14 943.87 "
Wünschelburger (Heuschauer) Stein	16 800.— "

Wir bemerken, daß diese Submission allerdings schon vor mehreren Monaten vor sich ging, aber die Offerten wiesen solche Differenzen auf, daß wir es für angebracht hielten, von dieser Arbeitsvergebung auch jetzt noch Notiz zu nehmen. Den Zuschlag erhielt der Mindestfordernde, Hoffsteinmeiester Nigal-Breslau. Die Arbeiten sind in hartem Heuschauer-Sandstein zu liefern. Die Firma Reichert u. Komarek in Rüdgers verlangte 15 664.45 Mk., Nigal bot sich an, die Arbeiten um die Hälfte billiger zu liefern. Kommentar überflüssig.

**Kollegen! Agitiert für eure Organisation!**